

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

(Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mr. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungskarte Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Zeitung oder deren Stamm 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Zusätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 134.

Donnerstag, den 12. Juni 1902.

9. Jahrgang

Hierzu eine Beilage.

Das Ende des Stuttgarter Straßenbahnerstreits.

Der Straßenbahnerstreit in Stuttgart ist zu Ungunsten der Angestellten beendet. Die brutale Gewalt der klingenden Millionen hat wieder einmal über das menschliche Empfinden, ja auch über das gesetzliche Recht triumphirt. Nachdem alle Vermittelungsversuche des Generoberichters, des Oberbürgermeisters und des Ministers des Innern an dem Starrsinn der Direktion gescheitert waren, setzten Bevölkerung und Ausständige ihre leichte Hoffnung auf den Entscheid des von der Stadt Stuttgart angeregten Amtsgerichts. Die Stadtverwaltung beantragte, daß das Amtsgericht wolle beschließen, daß die Stadt die Straßenbahn in eigner Regie zu übernehmen habe, da die Straßenbahndirektion den mit der Stadt abgeschlossenen Konzessionsvertrag nicht gehalten habe. Der Vertragsbruch wurde in der Betriebsinstellung erblieb, die nach Entscheidungen des Reichsgerichts mit dem Streit nicht genügend begründet ist. Das Amtsgericht beschloß jedoch, diesen Antrag abzulehnen. Die Begründung des Entscheides ist noch nicht bekannt. Da die Direktion auch durch die am Freitag vergangene Polizeiabfölung, daß der Betrieb in den folgenden 7 Tagen zwischen 12 und 2 Uhr mittags, von 6 Uhr abends und am Sonnabend den ganzen Tag zu ruhen habe, sich zum Nachgeben nicht bestimmen ließ, vielmehr immer neue Streitbrecher anwarb und einübt, hatten sich die Ausständigen zu fragen, ob noch die geringste Aussicht auf einen Erfolg gegeben sei. Die Antwort mußte unter den gegebenen Verhältnissen verneinen und so beschlossen sie Sonnabend Nachmittag, den Streit für beendet zu erklären. In einem am Freitag von der Direktion herausgegebenen Flugblatt „zur Aufklärung“, das den ganzen Verlauf des Kampfes unter groben Entstellungen für die Direktion recht günstig darzustellen versuchte, war u. a. auch die Erklärung enthalten, daß sie einen Theil der Ausständigen wieder einstellen werde, wenn sie kämen und sich anbieten. Diese Erklärung veranlaßte die Versammlung der Ausständigen, ihre Kommission zur Direktion zu schicken mit dem Erfüllen, sie möge Diejenigen nachmachen, die sie wieder einzustellen wolle. Hierauf bezeichnete die Direktion 20 Mann, die nun wieder fahren, so daß der Betrieb seit Sonntag früh in vollem Umfang wieder aufgenommen ist. 120 Mann aber gelten als entlassen; für diese hat die Direktion in den Streitbrechern Erfolg gefunden. Selbstverständlich hat sie die „Unrühigen“ ausgemerzt. Geradezu glänzend haben sich die Streitenden während der 8 Tage gehalten. 342 waren in den Ausständigen getreten, und 341 nahmen Sonnabend noch an der Schlusssitzung über die Beendigung des Streits teil. Ein einziger nur war Sonnabend früh abgesprungen und hatte die Arbeit aufgenommen. Von den 341 Mann unterwarf sich keiner in unwürdiger Weise, keiner ging einzeln zur Direktion und bot sich an, sondern singend blieben sie bei einander, während die Kommission die Liste der Ausserlesenen von der Direktion holte. Auch während der hochgradigen Aufrregung der letzten Woche ist nicht ein Witztum aus den Reihen der Streitenden bekannt geworden, was von der geheimen Presse und fast täglich vom Polizeibericht betont wurde. Die Ausrangirten werden zunächst vom Transportarbeiterverbande als Gemaßregelte weiter unterstützt. Ein kleiner Theil derselben wird in städtischen Diensten Verwendung finden. In den letzten Tagen hieß es, auch der Staat werde einen Theil der Leute, die keine Ausstellung wieder finden, übernehmen. Man darf zweifeln, ob dies geschieht, denn es ist zu fürchten, daß die Regierung infolge der Angriffe, die bereits von der Unternehmerpresse gegen sie gerichtet werden, zusammenknicken wird.

Es ist das erste Mal gewesen, daß in Deutschland eine Regierung in einem Lohnkampfe den Streikenden Recht gegeben hat. Das, was seither über die Vergleichsversuche des Ministeriums bekannt geworden war, ist am Freitag durch eine authentische Darlegung des „Staatsanzeigers“ erhärtet worden. Der Minister des Innern hat in der eindringlichsten Weise die Direktion zur Gewährung des Koalitionsrechtes zu bewegen versucht; aber auch seine Vorflüsse sind trotz abgelaufen worden, und zwischen dem Vertreter der Straßenbahngesellschaft und dem Ministerialdirektor Woschke ist es zu den heftigsten Szenen gekommen. Ist nun auch diese Haltung der Regierung sowohl wie die der Stadtverwaltung vornehmlich auf die Mission zurückzuführen, die die Gesellschaft schon vor dem Streik bei allen Behörden und der gesamten Bevölkerung gegen sich erzeugt hatte, so ist sie doch ein Rovinum, und an Protesten der Schornmacherpresse wird es in den nächsten Tagen wohl nicht fehlen. Die „Künft. Nachricht.“ stimmen schon den ersten Ton an. Wenn aber die Regierung aus diesem Kampfe etwmaß general hat, so möge es die Erkenntnis sein, daß das heutige

Koalitionsrecht ein Scheinrecht ist, das den Arbeitern nur dann gewährt wird, wenn sie sich in ihren Organisationen eine Macht schaffen, die der Macht des Kapitals überlegen ist. Ein sonderbares „Recht“, dessen Ausübung von den Gewaltverhältnissen abhängt!

Im schroffen Gegensatz zur Haltung der Regierung und der Stadtverwaltung stand das vielfach sehr schroffe Vorgehen der Polizei bei Menschenansammlungen. In allen Blättern und aus allen Gesellschaftskreisen kommen scharfe Proteste gegen das blindwütige Blankziehen und Dreinhauen eines Theiles der Polizisten auf harmlose Straßenpassanten. Um ruhigsten ging es dort zu, wo die Schutzleute sich in gemessener Entfernung von den Menschenansammlungen hielten, die in der letzten Woche dem Straßenbild ihr Gepräge gaben.

Dass dieser Streit verloren ging trotz aller erdenklichen Unterstützung, das haben die ca. 30 Fämmerschaften auf dem Gewissen, die ihren Kollegen sich nicht anschlossen, sondern sich dazu hergaben, die neuangeworbenen Streitbrecher anzulernen.

Der Stuttgarter Straßenbahnerstreit wird noch zu manchen Betrachtungen Anlaß geben; besonders der Gesetzgebung giebt er gewisse Fingerzeige.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbotes“.

Berlin, den 10. Juni 1902.
Der Reichstag hat die 2. Lesung des Zuckersteuergesetzes am Dienstag in einer siebenstündigen Sitzung beendet. Die Kommission hatte durch eine Art Neberrumpelung die fünfjährige Kontingentierung in das Gesetz hineingebracht. Es gelang, diese vererbliche Bestimmung wieder zu entfernen. In namentlicher Abstimmung wurde die fünfjährige Kontingentierung mit 194 gegen 114 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis kam dadurch zu Stande, daß die Interessen der Rübenbauern des Ostens von den Interessen der Rübenbauern der alten Zuckerdistrikte durchaus verschieden sind. Für die alten Zuckerdistrikte bedeutet die Kontingentierung eine außerordentliche Bevorzugung. Auf diesen Umstand hatte besonders Schippel wirkungsvoll aufmerksam gemacht, und in der That spalteten sich die Konservativen bei der Abstimmung in zwei ungleiche Hälften. Die Mehrzahl stimmte gegen die Kontingentierung. So gelang es, den Lieblingsgedanken des Ultramontanen Dr. Müller-Zulda aus dem Gesetz zu beseitigen. Im Übrigen blieb es bei den Kommissionsbeschlüssen. Unser Antrag, die Verbrauchsabgabe ganz zu beseitigen, wurde von Ledebour in einer ausgewiesenen Rede begründet, er wurde aber abgelehnt. Selbst die Freisinnigen stimmten gegen den Antrag und damit gegen ihr Programm. Sie hatten in dieser Frage die Führung der Regierungsmehrheit. Ihr Antrag, die Zuckersteuer auf 14 Mark zu erhöhen, wurde schließlich angenommen. Gleichfalls abgelehnt wurde unser Antrag auf Beseitigung des Überzolls, es bleibt bei den 480 Mark, die die Konvention als höchste Grenze aufgestellt hat.

Mittwoch wird das Saccharingesetz durchberathen und voraussichtlich in einer 2. Sitzung auch noch die 3. Lesung der Zuckersteuer und die Gesamtabstimmung über Zucker und Branntwein vorgenommen werden. Hierzu hat der Präsident die Sitzung schon auf 9 Uhr Vormittags anberaumt.

190. Sitzung. Mittage 11 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Reichskanzler Graf Billow, Graf Posadowsky, Frhr. v. Rheinbaben, Frhr. v. Thielmann, Möller.

Zunächst wird gemäß einem Antrage der Gesetzesordnungskommission die Genehmigung zur Strafrechtlichen Verfolgung der Abg. Raab und Liebermann v. Sonnenberg wegen öffentlicher Beleidigung des Abg. Demmig (FDP) verlangt.

Es folgt die zweite Beratung der Zuckersteuernovelle.

Art. 1 handelt von der Kontingentierung. Es wird danach für die einzelnen Fabriken auf die Dauer von 5 Jahren, vom 1. September 1903 bis zum 31. August 1908 für jedes Betriebsjahr eine Zuckermenge (Kontingent) festgesetzt, bei deren Überschreitung ein Steuerzuschlag von 4,40 Mark für je 100 Kilogramm zu entrichten ist. Die Feststellung der Kontingenzen soll unmittelbar nach der Verkündigung des Gesetzes für die Betriebsjahre 1903/04 bis einschließlich 1907/08 erfolgen und alle diejenigen Fabriken umfassen, die bei Verkündigung des Gesetzes bereits im Betriebe oder zum Betrieb fertig, oder welche vor dem 1. Juni 1902 in der Herstellung begriffen waren. Den Fabriken, die bereits 1901/02 im Betriebe oder zum Betrieb fertig waren, wird dasjenige Kontingent zuertheilt, das ihnen auf Grund des bestehenden Gesetzes für 1903/04 zustehen würde. Später erzielten Fabriken, soweit solche bis zur Verkündigung des Gesetzes bereits im Betriebe oder zum Betrieb fertig, oder soweit sie vor dem 1. Juni 1902 in der Herstellung begriffen waren, wird unter Abhöhung von Sachverändigen ein Kontingent zuertheilt, das im Verhältnis zu ihrer technischen Leistungsfähigkeit unter Berücksichtigung von 50 Arbeitstagen festgestellt wird. Und die Fabriken sollen für die Betriebsjahre 1903/04 bis 1907/08 überhaupt kein Kontingenzen erhalten.

Die Regierungsvorlage hatte die Kontingentierung aufgehoben.

Dr. Barth (FDP) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Fr. v. Langen (R) beantragt, bezüglich des Steuerzuschlags für die Überschreitung des Kontingentes die Bestimmung einzufügen: „Soweit die Zuckerfabriken nur diejenigen Rübenmengen verarbeiten haben, zu deren Abnahme sie durch vor dem 1. Juni 1902 abgeschlossene Verträge verpflichtet waren, ermächtigt sich der Steuerzuschlag bis 1. August 1904 auf 2,50 Mark für je 100 kg Rohzuckerwert.“

Richter (FDP) beantragt, im Falle der Annahme der Bestimmungen über die Kontingentierung festzulegen, daß alle nach dem Betriebsjahr 1901/02 errichteten Fabriken auch für die Jahre 1908/09 ein ihrer technischen Leistungsfähigkeit entsprechendes Kontingent zuertheilt werden soll.

Richter (FDP): Unser Verlangen, die Vorlage ohne Kommissionsberatung zu erledigen, resultiert daher, daß bei solchen Spezialfragen die Kommission nicht die wirkliche Stimmung der Parteien zum Ausdruck bringt. Nur so ist es auch zu erklären, daß die Kommission die Wiedereinführung der Kontingentierung beschlossen hat, für die ich nur aus Bosheit gegen die Zuckerindustrie stimmen könnte. (Sehr gut! links.) In dem Kommissionsbericht vermisste ich jede Wiedergabe der Aussagen der Sachverständigen, die von der Regierung vernommen worden sind. Gerade diese Aussagen aber enthalten die besten Argumente gegen die Kontingentierung. Man sagt, die Kontingentierung soll nur auf 5 Jahre vorgenommen werden. Aber auch beim Branntwein wurde dasselbe beschlossen und die Kontingentierung dann auf weitere 10 Jahre verlängert! Man spricht immer vom Schatz der kleinen Fabriken. Gerade diese aber gehören den Grafen und Baronen, während umgekehrt die Theißhaber großer Agrargesellschaften kleine Leute sind. Man spricht vom Interesse der Landwirtschaft. Die Rübenbauern werden aber von einer Fabrik abhängig gemacht und auf jede Weise hilflos. Die Höhe des Kontingents ist ganz willkürlich gewählt werden, man hätte sie eben so gut ausnobeln können! (Heiterkeit.) Abgeordneter Müller-Zulda hat hier erklärt, ohne Kontingentierung werde im Reichstag keine Mehrheit für die Konvention vorhanden sein. Ich kann mir nicht denken, daß die Freunde der Kontingentierung zusammen mit den absoluten Gegnern der Konvention eine Mehrheit bilden werden, die schließlich die ganze Konvention verwirft, falls die Kontingentierung nicht zu Stande kommt. Ich sehe mich nicht, der Regierung gegenüber in die schärfste Opposition zu treten, wenn es mir nötig scheint, wenn über die Regierung einen solchen Fortschritt ankämpft, dann halte ich es für meine Pflicht, ihr rückhaltslos zuzustimmen und das große Werk der Konvention durch die Bestimmungen über die Kontingentierung nicht zu verunzieren, zu verschimpfen und zu verderben. (Beif. links.)

Doerffel (SPD): Ich bin ein prinzipieller Gegner der Kontingentierung. Wenn ich trotzdem dafür stimme, so bestimmt mich einerseits die Thatache, daß der Kontingentierung die Erfüllungen des Jahres 1901, eines besonders reichen Rübenjahrs, zu Grunde gelegt sind und andererseits die Erklärung des Abgeordneten Müller-Zulda, daß für seine Freunde die Annahme der Kontingentierung ein integrierender Bestandteil der ganzen Zuckersteuernovelle sei. (Beif. rechts.)

Schippel (SD): Ich vertrete hier eigentlich keinen sozialdemokratischen Antrag, sondern die Regierungsvorlage. (Heiterkeit und Scherhaftig!) b. d. Soz. Ja den Kommissionsverhandlungen hat sich gezeigt, daß über die Frage der Kontingentierung absolut keine einheitliche Ansicht auch innerhalb der Mehrheit vorhanden war. Als wir in der Kommissionssitzung etwa 5 bis 7 Minuten nach der Mittagspause das Sitzungszimmer wieder betraten, erfuhren wir, daß dieser wichtige Abschnitt sang und klänglos von einer zufälligen Mehrheit angenommen wurde. (Hört! hört! hört! links.) Das Reich hat seiner Zeit die Kontingentierung eingeführt, um sich nicht durch die Verpflichtung der Prämienzahlung für eine unbeschränkt große Produktion läst zu schädigen. Soweit wo die Prämien aufgehoben werden sollen, hat auch die Kontingentierung keinen Sinn mehr. Gerade die Kontingentierung hat den Rübenbau des Ostens gegenüber den alten Zuckerdistrikten schwer geschädigt. Für jene alten Zuckerproduzenten galt alles als Überproduktion, was der Osten produzierte und nur ihre eigene Produktion erkannten sie als berechtigt an. Heute führt im Weiteren zahlentwältigen Nachweis, wie der Osten durch die bisherige Kontingentierung berücksichtigt worden sei. Gerade die Vertreter der agrarischen Interessen sollten doch bestrebt sein, die agrarischen Interessen gegenläufig möglichst auszugleichen. Gerade Sie (nach rechts) sollten den Antrag der Kommission strikt ablehnen. Die namentliche Abstimmung über diesen Antrag wird ja dafür sorgen, daß jeder Abgeordnete die volle Verantwortung für sein Votum zu tragen hat. Die jetzige Art der Kontingentierung untertheilt hat von der früheren dadurch, daß es jetzt überhaupt keine Erweiterung und Neuerfindung von Fabriken mehr geben soll. Das bedeutet einen viel schlimmeren Auswirkung der Zuckersteuergesetzgebung, als wir ihn jemals gehabt haben. Was nach 5 Jahren geschehen soll, weiß Niemand! Gibt es ein Recht, ein großes Kontingent? Werden neue Fabriken gestattet werden? Über all diese Fragen ist im Gesetz auch nicht ein Wort enthalten. Durch die Kontingentierung wird nur das Zuckerkartell absolut festgelegt und Neuerfindungen unmöglich gemacht. Deshalb sollte auch die Mehrzahl der Produzenten gegen die Kontingentierung stimmen. Wir haben das größte Interesse daran, zu verhindern, daß die Zweideck-Kontingentierung nicht durch allerlei Auslegungsläuse illustriert gemacht werden. Die Rückkontingentierung wurde nur eine verdeckte Sandkasse dargestellt, und ich kann Sie nur davor warnen, jetzt nach Abschluß der Konvention, den anderen Staaten mit der Rückkontingentierung wieder ein schlechtes Beispiel zu geben. Wenn Ihnen daran gelegen ist, daß die Konvention ihrem Wortklang nach ausgeführt wird, so legen Sie die Kontingentierung rundweg ab. (Beif. Beif. b. d. Soz.)

Dr. Becker (SD) erklärt im Namen seiner politischen Freunde eine Zustimmung zur Kontingentierung. Die Regierung hat bei der Vorlage der Brüsseler Konvention darauf hingewiesen, daß voraus-

sichtlich eine Kontingentierung weder nötig werden wird. Hieran Richter kann ich eine Reihe von Sachverständigen nennen, die für die Kontingentierung sind. Gegen die Kontingentierung haben sich nur Kommerzienräthe und Großkapitalisten ausgesprochen. Die ganze Sache ist gar nicht so wichtig, denn die Verhältnisse werden ganz von selbst dazu führen, daß der Rübenbau zurückgeht. (Rufe links: Na also!)

Reichsjustizsekretär Fehr. v. Thielmann: Von allen Rednern ist betont worden, wie sich hier die verschiedensten Interessen gegenüberstehen; für die Regierung kommt aber in erster Linie das Wohl der Gesamtheit in Betracht. Da werden Sie mir beipflichten, wenn ich sage: Gellert ist diese Frage noch lange nicht. Man kann hier die Interessen der Zuckerindustrie nicht einfach zählen, man muß sie wägen! Man muß sich die Frage vorlegen, ob das Kontingent überhaupt geeignet ist, durch seine Größe die Produktion einzuschränken. Diese Frage möchte ich verneinen. Die ganz wenigen Fabriken, die das Kontingent überschreiten, werden die Preissbildung nicht beeinflussen. Die verbliebenen Regierungen würden es für richtig halten, daß dieser Frage erst näher getreten wird, nachdem genügend Erfahrungen gesammelt und die Zuckeraufbauten unter einem Hut gebracht sind. Aus diesem Grunde haben sich die verbliebenen Regierungen vorbehalten, der ganzen Frage der Kontingentierung erst später näherzutreten.

Dr. Barth (FBG): Graf Bojadlowitsch hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß die neue Kontingentierung ganz etwas anderes sei, als die frühere, die durch die Prämienwirthschaft bedingt war. Seht aber sind die Prämien aufgehoben. Wir könnten einfach in das Gesetz schreiben: die Errichtung von neuen Fabriken ist bis auf Weiteres verboten. (Sehr richtig! links.) Die kleinen Fabriken, die auftreten wollen, werden in der Entwicklung gehemmt; das ist der Schutz der Satten gegen die Hungrieren! Die Beschränkung der Produktion wird nur den ausländischen Konkurrenten zu Gute kommen, sie werden sich breiten, die Lücke auf dem Weltmarkt, die durch die Verschöpfung des deutschen Zuckers entsteht, auszufüllen. Hier liegt ein Protektionismus schärfster Art vor gegen gleichartige Industrien im Auslande! Jänner mehr drängen sich heute kleine Interessengruppen vor! Das muß anders werden! (Sehr richtig! links.) Der Reichstag hat die allgemeinen Interessen zu vertreten, nicht die kleinlichen, erbärmlichen Sonderinteressen. (Lebh. Beifall links. Unruhe und Klatschen rechts.)

Dr. Pausch (NL): Die große Mehrheit meiner Freunde wird gegen die Kontingentierung stimmen. Nur bei freiem Wettbewerb kann für unsere Zuckerindustrie eine bessere Zeit kommen. Das Zentrum möchte ich bitten, diese Frage nicht zum casus belli zu machen.

v. Komietowski (Pole) spricht sich gegen die Kontingen-tierung aus.

Szwula (Neutral) bittet um Annahme der Kommissionsbeschlüsse.

Graf Schwerin-Löwitz (R) spricht sich im Namen eines Theils der Konservativen gegen die Kontingentierung aus, die viele Fabriken des Ostens schwer schädigt. Er sei mehr dafür, daß die Regierung mit den Konventionsländern Unterhandlungen über eine allgemeine Einschränkung der Zuckeraufbauten trifft. Redner bittet dringend um Abstimmung der Kontingentierung.

Fehr. v. Richthofen (Kons) spricht sich für die Kontingen-tierung aus.

Graf Bernstorff-Ulzen (Pfe) schlägt sich den Ausführungen des Grafen Schwerin-Löwitz zu.

Fehr. v. Langen (Kons) befürwortet seinen oben mitgetheilten Vortrag.

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag Fehr. v. Langen wird abgelehnt. Die Beschränkungen über die Wiedereinführung der Kontingentierung werden in nematischer Abstimmung mit 194 gegen 114 Stimmen bei einer Stimmabteilung abgelehnt. Gegen die Kontingentierung stimmen Sozialdemokraten, die freisinnigen Gruppen, die Polen, Elsässer und Wallonen, die Mehrheit der Nationalliberalen und Konservativen, ein großer Theil der Reichspartei und eine Minderheit des Zentrums. Das ist ein Rücksatz die Rechtshälfte des Zentrums, ein Theil der Konservativen, der Reichspartei, der Nationalliberalen und die Antisemiten.

Mit derselben Mehrheit wird die Regierungsvorlage (Anhebung der Kontingentierung) angenommen. Der Antrag Richter ist damit erledigt.

Artikel 2 handelt von der Zuckertaxe. Nach dem heutigen Gesetz beträgt die Zuckertaxe 20 Mark von 100 Kilogramm Nettogewicht.

Die Kommission bemüht, die Zuckertaxe vom 1. September 1903 ab auf 12 Mark, vom 1. September 1905 auf 10 Mark festzulegen.

Die Abg. Lebedowitsch, Schippel und Bernstein (S) beantragen die vollständige Aufhebung der Zuckertaxe.

Müller-Zulda (R) stellt den Antrag, die Zuckertaxe vom 1. September 1903 ab auf 14 Mark, vom 1. September 1906 ab auf 12 Mark festzulegen.

Dr. Hermes (FBP) beantragt, eine Zuckertaxe von 14 Mark zu erheben.

Gamp (FBP) beantragt, in das Gesetz folgende Bestimmung einzufügen: Erreichen die Reichseinnahmen aus der Zuckertaxe einen Betrag, welcher die Summe von 2,10 Mark auf den Kopf der Bevölkerung überschreitet, so ist der Überschuss anzunehmen und es ist, sobald das angekündigte Budget 10 Millionen Mark übersteigt, im Wege der Reichsgesetzgebung zum Zwecke der Herabsetzung der Bevölkerungsabgabe darüber zu bestimmen.

Dr. Hermes (FBP): Durch Herabsetzung der Zuckertaxe erzielen die Reichseinnahmen zweifellos einen Rücksatz. Als Erstes würden in erster Linie Brot und Bier in Betracht kommen. Darauf hören wir diesen Antrag gestellt, die Zuckertaxe auf 14 Mark festzulegen.

Graf Bernstorff-Ulzen (R) bittet, daß der Antrag Hermes zugewiesen wird. Die Heraufsetzung der Steuer auf 12 Mark bedeutet für die Regierung einen Rücksatz von 28 Millionen Mark. Die Herren Bernstein und Dr. Fehr haben ja sogar bestrebt, die Steuer ganz aufzuheben. Wenn Sie bereits die Bevölkerungsabgabe hätten, die wir hier haben, ja würden Sie Ihren Standpunkt nicht aufrecht erhalten. Die englischen Beobachter kennen ja für uns nicht in Betracht; der Zuckertaxe ist dort zu entsagen, wie er bei uns zwecks werden kann. Das Budget für die Bevölkerungsabgabe kann nur durch Erhöhung der Matrosenabgaben decken. Das würde für Preisen eine Erhöhung von 50 Millionen bedeuten. Noch viel mehr müßte berücksichtigt werden, die kleinen Siedlungen zu leben haben. Sie bitte Sie dringend, den Antrag Hermes anzunehmen. (Bravo! bei den Freiheitlichen.)

Reichsjustizminister Graf Bernstorff-Ulzen bittet, daß vor dem Ende der Beratung als ausreichend angesehen wird, daß vor dem Ende der Beratung nicht zu reden sei.

Graf Bernstorff-Ulzen (R) tritt für den Steuerzettel der Reichsversammlung mit dem Projektantrag Gamp ein.

Müller-Zulda (R) begrüßt diesen Antrag, die Steuer auf 14 Mark, 12,30 Mark pro Kopf und empfiehlt Zusatzbestimmungen für Brot und die für die Bevölkerungsabgabe möglichen Abnahmen.

Minister im Auswärtigen Amt Bojadlowitsch bittet, daß die tatsächliche Einschätzung in eine entsprechende Abnahme der Bevölkerungsabgabe münden werde.

Gamp (FBP): Bei einem Rücksatz in den Reichseinnahmen müßte doch ganz gut auskömmliche Praktiken wie Steuer, Einkommen und Ueberholzerei treten. Das würde auch den Reichsstaat zu Gun-

ten. Von meinen Freunden ist ein Theil für eine Herabsetzung auf 14 Mark, ein anderer Theil auf eine noch weitere Herabsetzung. Vielleicht könnten wir uns alle auf Grundlage meines Antrages einigen.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf Hohenholz: Die sächsische Regierung erachtet die Ermäßigung der Zuckertaxe für sehr bedenklich, so leicht nicht ein bestimmter Betrag für den Aussatz an den Reichseinnahmen geboten wird.

Finanzminister Freiherr v. Riehnhahn bittet nochmals den Steuerzettel von 14 Mark anzunehmen. Der Antrag Gamp scheint mir nicht nötig, da, wenn die Erträge der Zuckertaxe einen Betrag erreichen, der die Summe von 2,10 pro Kopf der Bevölkerung überschreitet, der Reichstag von selbst mit dem Gesuch um Ermäßigung der Zuckertaxe an die Regierung treten wird.

Müller-Zulda (R) zieht seinen Vortrag zurück.

Lebedowitsch (Soz): Bei der durchgreifenden Reform des Zuckertaxegesetzes, die jetzt vorgenommen wird, ist es möglich, alle Schritte zu thun, um den Zuckerkonsum zu heben. Dies kann aber nur gelingen durch völlige Aufhebung der Zuckertaxe. In Deutschland kostet das Pfund Zucker etwa 32 Pfennig, in England kostete es bis zur Einführung der neuen Steuer 14 Pfennig. Der Normalpreis in Deutschland würde nach Aufhebung der Zuckertaxe, und soll alle künftige Verbesserungen befreit werden, 16 Pfennig sein. Dann werden auch Leute, die mit dem Zucker jetzt sehr sparsam umgehen müssen, bald erheblich größere Mengen davon konsumieren. Eine solche Verbesserung würde in Deutschland überhaupt erst eine Konkurrenzindustrie in großem Stile ermöglichen. Die Regierung fragt uns nun, wie der Ausfall an Einnahmen gedeckt werden soll. Unser Vorschlag einer Reichsautonomie erklärte man für unannehmbar, weil diese Steuer einen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten darstelle. Bei dem jetzigen Zustand haben aber die Einzelstaaten viel mehr zu leisten, als wenn eine Reichsautonomie bestände. Herr Gamp rechnete auf, daß heute schon von einzelnen Vermögen 28 Prozent Steuern erhoben werden. Der Prozentsatz, den eine Arbeitersfamilie von ihrem Vermögen für indirekte Steuern heute auszugeben muss, ist weit größer. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Autonomie der Einzelstaaten liegt doch nicht in der Methoden der Steuerverwaltung, darin ob nach einem besonderen preußischen oder bayerischen System die Steuer erhoben wird. Wollte man darauf den Hauptvertrag legen, so wäre das dasselbe, als wenn man die militärische Autonomie Bayerns im Rupenhorn erblicken würde. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Die gegenwärtige Autonomie der Einzelstaaten in Steuerfragen ist auch nur so ein Steuerappellum. Warum schränkt man nicht die Ausgaben für napoleonische Zwecke ein? (Sehr richtig! bei den Soz.) In den Ausgaben für die Flotte ist sogar noch eine bedeutende Steigerung zu erwarten. Ich erinnere Sie an den Turmberg und an die wunderbaren Bildwerke in der Wandelhalle, die von weitem so anschauen, als wenn eine Kompanie von Rappen im Parademarsch über das Papier marschierte. (Große Heiterkeit.) Es waren schematische Darstellungen der Kriegsmarine der verschiedenen Nationen. Wenn ein so viel beschäftigter Mann wie Kaiser Wilhelm II. sich damit beschäftigt, diese merkwürdigen schematischen Darstellungen von Panzerschiffen auf das Papier zu werfen... (Glocke des Präsidenten.)

Präf. Graf Wallerstein: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, die Zeichnungen des deutschen Kaisers nicht in den Bereich Ihrer Erwähnung zu ziehen.

Lebedowitsch (fortfahren): Es ist mir ja allerdings bekannt, daß diese Zeichnungen noch nicht als Illustrationen im "Reichsanzeiger" erschienen sind (Gr. Heiterkeit), wir werden also bis dahin mit unserer Kritik zu warten haben. Der Zweck der Redenungen... (Glocke des Präsidenten.)

Präf. Graf Wallerstein: Trotz meiner Ermahnung fahren Sie fort, sich mit den Zeichnungen zu beschäftigen. Ich erkläre, daß dieselben nicht zur Sache gehören und rufe Sie zur Sache. (Bravo! rechts.)

Lebedowitsch (fortfahren): Trotz unserer ungünstigen Finanzlage werden wir noch meine Ansicht eine Flottenvorlage bekommen. Heute, wo eine allgemeine Finanznot besteht, mußte man dem preußischen Volke zu 250 Millionen Mark für die Haushaltspolitik gegenüber der preußischen Minderheit auszugeben! Wie können wir da den Magistraten der Regierung irgend einen Wert beilegen! Auch ich stimme mit dem Grafen Bojadlowitsch darin überein, daß es eine hohe Aufgabe des Parlaments ist, den Dauern auf den Beitel zu halten. Wenn Sie unseren Antrag annehmen, dann hat die Regierung die Pflicht, ohne Zuckertaxe ein Budget fertigzustellen. Wenn sie das nicht, dann soll sie sich an uns wenden; wir werden ihr ein Budget ausarbeiten, wie sie es seit Eröffnung der Welt — um ein gesäßiges Wort des Grafen Bojadlowitsch anzuhören — noch nicht gehabt hat. (Lebh. Beifall bei den Soz. Gr. Heiterkeit rechts.)

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Der Antrag der Sozialdemokraten, der Antrag Gamp und der Kommissionsantrag werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Polen, der Antisemiten, des Bundes der Landwirthe und des Abg. Dertel abgelehnt; der Antrag Hermes angenommen.

§ 3, der die Steuerkredite regelt, wird debattlos angenommen.

Art 2a fordert Urtagszeugnisse und setzt die Höhe des Eingangszolles aus Konventionsländern auf den höchsten Betrag fest, der nach der Konvention zulässig ist (also 4,80 Mark und 14 Mark).

Dr. Barth (FBG) beantragt den Überzoll auf 2,80 Mark herabzusetzen.

Berstein (SD) befürwortet den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Eingangszolles, an dem Deutschland kein Interesse hat. Der Rohrzucker verdient nur für gewisse Zwecke den Export vor dem Rübenzucker, und nur für diese Zwecke soll man den Import nicht unzulässig erschweren. Auch die Behauptung, England wolle zum Schätzoll übergehen, ist unbegründet. Nehmen Sie unser Antrage an und schaffen Sie so jeden Schätzoll ab. (Beifall b. b. Soz.)

Dr. Beder (R) tritt für Beibehaltung der Nebertage ein. Die Sozialdemokraten, die Betreter der Arbeiter sein wollen, machen durch diesen Antrag 100 000 Arbeiter brodeln.

von Staudt (R) schlägt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Unter Abstimmung aller Abänderungsanträge wird die Kommissionsabstimmung angenommen, ebenso debattlos die Artikel 2 b und 3.

Artikel 4 läßt das Gesetz gleichzeitig mit der Brüsseler Konvention am 1. September 1903 in Kraft treten.

Die Abg. Graf Roon (R) und Müller-Zulda (R) beantragen, daß das Inkrafttreten des Zuckertaxegesetzes von dem gleichzeitigen Inkrafttreten des Sachsenantrages abhängig zu machen.

Reichsjustizminister Fehr. v. Thielmann: Mit Rücksicht auf die Reichstagsrede des hiesigen will ich erklären, daß, soweit ich die Stimme innerhalb der Reichsversammlung habe, die, die gegen die von der Zuckertaxekommission beschlossene Fassung des Sachsenantrages nichts einzuwenden haben würden. Bei der Gesetzgebung des hiesigen dürfte es sich für die Abgeordneten empfehlen, nach ihrer Erklärung den Antrag zurückzuziehen.

Graf Roon (R) zieht seinen Antrag zurück.

Artikel IV wird unverändert in der Kommissionsabstimmung angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Zuletzt legt die Kommission die Neuanordnung zweier Resolutionen vor. Die erste fordert die Regierung auf, eine Bekanntmachung des Reichstages in Erwähnung zu bringen, die zweite verlangt ihm,

höchste Ermäßigung der Eisenbahntarife für Zuckerrüben, Schön- und Melasse sowie für Roh- und Kristallzucker.

Richter (FBP) bittet dringend um Ablehnung der ersten Resolution. Es braucht doch nicht alles, was süß ist, versteuert zu werden.

Gegen die Stimmen des Zentrums und der Reichspartei wird die erste Resolution abgelehnt, die zweite wird einstimmig angenommen.

Eine Resolution des Abg. Schmidt-Wanzleben (NL), die Steuerermäßigung resp. Befreiung des zur Fabrikation von Marzipan dienten Zuckers verlangt, wird abgelehnt.

Hierauf verzogt sich das Haus.

Präf. Graf Wallerstein: Ich bereume die nächste Sitzung an auf Mittwoch Vormittags 9 Uhr, (große Unruhe und Dröhnen), mit der Tagesordnung: Zweite Lesung des Schatzungsgesetzes. — Gegen den Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch. (Gr. Heiterkeit.) Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wahlnachrichten. Im Wahlkreise Liebenwerda Torgau, der zur Zeit durch den Abg. Knörre (FBP) im Reichstage vertreten wird, stellten am letzten Sonntag die aus allen Theilen des Wahlkreises zusammengesetzten Vertrauensmänner den praktischen Arzt Dr. Arthur Bernsteini in Charlottenburg als liberalen Kandidaten für die nächste Reichstagswahl auf. Knörre ist durch andauernde Krankheit verhindert, das Mandat weiter zu übernehmen.

Eine Erwahl zum Reichstag wird dem Abg. Knörre (FBP) zum Wahlgang vorgenommen. Der Wahlgang wird demnächst im Wahlkreis Forchheim-Lichtenfels stattfinden müssen, in Folge des am Montag erfolgten Ablebens des Zentrums-Abgeordneten Bayrer. Der Wahlkreis, der früher im Besitz der Nationalliberalen, dann der Reichspartei und einmal auch freisinnig vertreten war, ist seit 1884 in Händen des Zentrums. 1898 erhielten bei der Hauptwahl: Nationalliberalen 6045, Zentrum 5218, Freisinn 3228 und Sozialdemokratie 1493 Stimmen. Zu der Stichwahl siegte das Zentrum mit 8490 Stimmen über 8262 für den Nationalliberalen. Ob dem Zentrum auch jetzt der Sieg werden wird, ist sehr fraglich.

In der Rechnungskommission des Reichstags trifft sich der Abg. Dr. Hosse (NL). Legt den Vorsitz nieder, "weil er von keiner Seite die nötige Unterstützung für die Erledigung der schwierigen Aufgaben dieser Kommission gefunden habe, auch sei eine Einsabung zu einer Kommissionssitzung vom Reichstagsbureau nicht beachtet worden." Die Angelegenheit wird später wohl noch das Plenum des Reichstages beschäftigen. Es kommt dabei auch die Theilnahme von Regierungskommissionen an den Sitzungen der Rechnungskommission in Frage. Zunächst wählte die Kommission in dem Abg. Beck-Heidelberg (NL) einen anderen Vorsitzenden.

Die Zolltarifkommission des Reichstags beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Dienstag mit dem Bulverzoll. Nach längerer Debatte wurde auf Antrag des Abg. Gotthein (FBP) der bisherige Zollzoll (3 Mrd.) mit 13 gegen 12 Stimmen aufrechterhalten und die von der Regierung beantragte Erhöhung abgelehnt. Der Abg. Hoch (SD) behauptete, die deutsche Heeresverwaltung werde von dem Bulverzoll in unglaublicher Weise ausgebettet; in den Jahren 1890—93 habe sie drei Millionen Mark mehr bezahlen müssen, als wenn die gleiche Menge an privaten Abnehmern geliefert worden wäre. Pausch (NL) bestritt diese Behauptungen, die aber von Hoch aufrecht erhalten wurden. Mit Rücksicht auf den frühen Beginn der Plenarverhandlung wurde alsdann die Sitzung abgebrochen.

"Was die Dachspaken pfeifen." Unter dieser Überschrift erzählt die ultramontane "Kölner Volkszeitg." über die Vorgeschichte zu der neulichen energischen Haltung Bülow's gegenüber der konservativen Zollinterpellation im preußischen Abgeordnetenhaus: "Drei Tage vor der Verhandlung habe das Staatsministerium beschlossen, den Interpellanten einen entgegenkommenden Antwort zu ertheilen. Darauf habe Graf Bülow dem Kaiser darüber Vortrag gehalten, und dieser habe erwidert: „Nein, das wird anders gemacht“, und dem Kanzler befohlen, in schärfster Weise jede Antwort abzulehnen." — Bülow erscheint immer weniger als "leitender", desto mehr aber als "leidender" Staatsmann!

Die süddeutschen Landwirtschaftsbündler hielten am Sonntag in Mainzheim eine große Parade ab, zu der 1500 Personen aus der Pfalz, aus Baden und Hessen erschienen waren. Die Stimmung war "vorzüglich" und die Redner ernteten reichen Beifall, als sie den Bauern als denjenigen hinstellten, der für den Magen der Nation arbeite, und als sie riefen: "Nur keine mittlere Linie!" An Handelsverträgen hat der Bauer gar kein Interesse, versicherte Dr. Rössle, dessen Behauptung, der Reichstag brüsfig, von verständnisvollen Pfälzern begleitet wurde. Der arme "Verantwortliche" Bülow kam überhaupt schlecht weg und sogar sein Hund wurde gegen ihn verwendet. Im schönsten Pfälzer Dialekt erzählte der Bauer Groß: "Caprivi hat den Karre in Dreck nei geführt, aber der Geist Bismarcks soll erhalten bleiben. Bülow sieht seiner aus,

„Reichsregister“. Der Staatssekretär des Innern, Graf Bosadomsky, hat an sämtliche wirtschaftlichen Vereinigungen Deutschlands die Aufforderung gerichtet, Mitteilungen über die Tendenz der Vereinigungen, die Namen der Vorstandsmitglieder u. s. w. an das Reichsamt des Innern zu machen. Diese Angaben sollen als Material zur Auslegung und Führung eines „Reichsregisters“ dienen. Von der Eintragung in dasselbe sind indessen Syndikate und Trusts ausgeschlossen. — Warum denn?

Niederschlesische Wahlen. Wegen Teilnahme an sozialdemokratischen Bestrebungen sind am Montag in der Generalversammlung des Kriegervereins Friedersfelde bei Berlin 11 Mitglieder ausschlossen worden. Sie hatten bei der letzten Gemeindevertreterwahl für sozialdemokratische Kandidaten gestimmt. Ehemalige Soldaten, denen an der ungehinderten Verhauptung ihrer politischen Meinung gelegen ist, thun grundsätzlich am besten daran, den Kriegervereinen, richtiger Kriegervereinen, fernzubleiben. Ein Nachtheil irgend welcher Art erwägt ihnen daraus nicht. — Die Regierung von Guatimala, die bisher auf Grund eines Dekrets vom 1899 gewisse ältere Forderungen durch minderwertige Staatspapiere beglichen wollte, hat sich nunmehr dazu verständigt, für deutsche Reklamationen 250000 Mark anzuweisen. — Der schweizerische Ständerat hat den Vorschlag des Nationalrates entsprechend auf 50 Fr. pro Stück fest. — Die Zweite holländische Kammer nahm durch Abstimmung das Abkommen mit Deutschland an, betreffend die Verbindung der asiatischen Kolonien durch ein von einer deutsholändischen Gesellschaft hergestellendes und zu betreibendes Kabel. — Im englischen Unterhause hat sich am Montag der Schatzanwalt Hicks Beach gegen die Einleitung einer Schutzzollpolitik verwahrt. Am Dienstag nahm das Unterhaus mit 279 gegen 193 Stimmen Artikel 1 der Finanzbill (Gefreiheit) an. — In Cadiz (Spanien) streiken die Hafenarbeiter. — Die „Times“ meldet aus Kanon vom 9. Juni: Unter den Mohammedanern auf Kreta herrscht großer Aufregung wegen der Ermordung vier moslemischer Schiffer, die an der Küste von Ephalata von im Hinterhalt liegenden Christen erschossen wurden. — Das amerikanische Anarchistengeheb ist am Montag von den Repräsentantenhaus in Washington mit 176 gegen 88 Stimmen angenommen worden; ein Antrag, daß Bestrafung, daß die Ermordung fremder Botmänner und Soldaten mit dem Tode bestraft werden soll, zu streichen, wurde jedoch abgelehnt. — Aus Seoul (Korea) wird englischen Blättern gemeldet: Der Koreaneer Iissando, der früher dem Club der Unabhängigen angehörte, wurde verhaftet, weil er beschuldigt wird, einen geheimen politischen Verein gegründet zu haben und mit verborgten Koreanern, die sich in Japan aufhalten, Beziehungen unterhalten zu haben. Iissando wurde wiederholts gefoltert. Endlich nannte er mehrere hohe Würdenträger und ehemalige Minister als Begründer und Organisatoren des neuen Vereins.

Österreich-Ungarn.

Die Grubenkatastrophe in den Erdwachsgruben von Borzhaw und die Marienburger Bolenrede des deutschen Kaisers beschäftigten Dienstag das österreichische Abgeordnetenhaus. Neben das Borzhawer Grubenunglück interpellirte Breiter und Genosse Dazhinski. Die Interpellanten griffen die Bergwerksgesellschaft und die Betriebsorgane heftig an. Der Bergbauminister von Giovannelli, der die dringliche Anfrage beantwortete, versuchte die Katastrophe auf eine Entzündung angesammelter Grubengase zurückzuführen. Der Betriebsleiter und sechzehn Arbeiter seien getötet, drei schwer verletzt worden. Die strafgerichtlichen und bergbehördlichen Erhebungen würden aufs genaueste geführt und die eventuell Schulbigen streng bestraft werden. Eine Kommission zur Untersuchung der Katastrophe einzurichten, halte er angesichts der eingeleiteten Erhebungen für überflüssig; er sei dagegen bereit, dem Wunsche nach einer Kommission zur Prüfung der Betriebsverhältnisse in den galizischen Erdwachsgruben zu entsprechen. Die Dringlichkeit beider Anträge wurde darauf abgelehnt. Hierauf besprach der tschechische Radikal-Klofács die Marienburger Rede des Deutschen Kaisers, der sich gegen die Bolen und das Slaventhum überhaupt gewandt habe, und verlangte unter Betonung darauf, daß auch ein österreichischer Offizier diese Rede angehört habe, ohne dagegen zu protestieren. Ausklärung darüber, was die Regierung zu thun gedenke, um solche Angriffe gegen das Slaventhum zurückzuweisen. Als Redner wegen der Aussäße gegen den Deutschen Kaiser zweimal zur Ordnung gerufen wurde, entstand bei den radikalen Tschechen großer Lärm. Freistiefel: „Feige Regierung, lauter Sklaven seid Ihr!“ Schönerr rief: „Der Deutsche Kaiser braucht nur ein Wort zu reden und Ihr sangt an zu zittern.“ Unter beständigem Lärm entzog der Präsident Klofács das Wort und schloß schnell die Sitzung. Der Lärm dauerte auch noch nach der Sitzung fort.

Italien.

Die Feldarbeiterbewegung nimmt guten Fortgang. In einigen Provinzen, wie Varese und Foggia, befinden sie sich bereits fast sämtlich im Ausstand. Das Ministerium steht der Bewegung völlig ratlos gegenüber und weiß keinen anderen Ausweg, als den Unternehmern militärische Hilfe zu schicken. Weil es aber befürchten muß, in der Kammer darüber interpelliert zu werden, so will es die Kammer schon am 20. Juni in die Ferien entlassen, um, wie es in den Melbungen heißt, „freie Hand bei seinen Handlungen zu bekommen.“

Der Kellnerstreik in Mailand nimmt immer größere Ausdehnung an. Seht hat sich ihm auch ein großer Theil des Hotelpersonals angeschlossen.

Belgien.

Eine Wahlfälschung ungehönerlicher Art haben sich die Clerikalen im Wahlkreise Bennic-Saint Quentin geleistet. Die Gesamtzahl aller eingeschriebenen Wahlstimmen beträgt in jenem Kreise 13928; in den Urnen fand man 14671 Stimmzettel. Nimmt man an, daß alle Indifferenzen gewählt haben, daß alle Franken sich bemühten, einen Stimmzettel abzugeben und daß alle Verborbenen (die zum Theil in den Listen noch mit aufgeführt sind) wieder aufgestanden sind, so sind dies immer noch 743 Stimmzettel zu viel. Gegen diese Wahl ist natürlich Protest eingelegt.

Frankreich.

Das neue Ministerium Combes hat sich Dienstag der Kammer vorgestellt. In der programmatischen Erklärung, welche Combes verlas, heißt es u. a.: „Wir werden mit unserer ganzen Energie alle diejenigen bekämpfen, welche versuchen sollten, unsere republikanische Re-

gierungsform anzugreifen und die Armee ihren Pflichten abwendig zu machen; wir werden die Armee von der Politik fernzuhalten wissen. Wir werden nicht dulden, daß ein Theil des Clerus es versucht, die Kirche mit religiösen Kongregationen zu identifizieren. Wir werden über die Anwendung der Gesetze des Landes zu wachen haben und werden die Gesetze der Republik mit allen Mitteln vertheidigen, über welche die Regierung verfügt. Das Vereinsgesetz tritt jetzt in die Periode seiner Ausführung durch die Verwaltung ein. Die Regierung wird darüber wachen, daß keine der Bestimmungen des Gesetzes wirkungslos bleibe. Wir werden Ihnen gleichzeitig die Abschaffung des Unterrichtsgesetzes von 1850 vorschlagen, damit der Staat, ohne deshalb aus dem öffentlichen Unterrichtswesen ein Monopol machen zu wollen, die Stelle, welche er niemals hätte aufgeben sollen, wieder einnehme und über den Unterricht, der jedem Bürger zu Theil wird, wache. Die Regierung wird mehr Sparsamkeit beobachten, in das Steuersystem mehr Billigkeit bringen, vor allem aber gewisse Abgaben durch eine allgemeine Einkommensteuer ersetzen, die jeden nach Fähigkeit trifft.“ Die Erklärung kündigt sodann eine Vorlage, betr. die zweijährige Dienstzeit, an. Ferner wird die Regierung sich mit der Reform der Militärjustiz und der Frage des Anfangs der Eisenbahnen und der Altersversicherung für Arbeiter beschäftigen. Die Regierung wird die Bindungsbeziehungen aufrechterhalten, welche die Welt als eine Bürgschaft des Friedens und des Gleichgewichts betrachten wird, sowie die mit dem staumverwandten Nachbarstaate wiederangeknüpfte Freundschaft pflegen, und unter Achtung der Rechte jedes anderen Frankreichs Besitzstand unverfehrt erhalten. (Lebh. Beifall.) Die Sitzung wurde hierauf geschlossen. — Wenn dieses Programm nicht auf dem Papier stehen bleibt, sondern auch durchgeführt wird, so darf Frankreich von dem Ministerium Combes manche Reform erwarten, die ihm nur zum Segen gereichen wird.

Transvaal.

Nach dem Friedensschluß. Das „Neuter“ische Bureau“ meldet aus Pretoria, den 9. Juni: Bisher haben sich über 7000 Burken ergaben. — Das englische Kriegsamt veröffentlichte Montag Abend eine Verlustliste, worin über einen Kampf berichtet wird, der vier Tage nach dem Friedensschluß bei Vereeniging stattgefunden hat. Die Liste gibt einen verwundeten Offizier an; die Liste der übrigen Verluste werde folgen. Auch bei Athole fand ein Kampf statt, wobei zwei Männer verwundet wurden. In der Nachbarschaft von Vereeniging muß man den Friedensschluß gekannt haben. Es kann sich also nur um Unversöhnliche handeln, welche zwecklos weiter kämpfen wollen. — Schalk Burger erklärte einem Vertreter des „Natal Mercury“, der alte Generalissimus Joubert sei an einer Krankheit, nicht an einer Verwundung gestorben. Er erklärte ferner, daß Präsident Steyn für den Frieden gewesen sei und mir wegen Krankheit nicht an der Friedenskonferenz teilgenommen habe. Auch habe Steyn keine Korrespondenz mit dem Präsidenten Krüger über die Friedensbedingungen gepflogen. — Den „Reynolds New Papers“ zufolge werden zwei Soldaten der australischen Freiwilligen-Kompanie in den nächsten Tagen vor ein Kriegsgericht gestellt, unter der Beschuldigung, Spionage gegen die Burken gesetzt zu haben. — Präsident Krüger ließ die Flagge von Transvaal auf seiner Villa bei Utrecht einziehen. Man deutet dies als Zeichen der Anerkennung der englischen Souveränität. Lebzig soll in dem Befinden Krügers eine erhebliche Verschlechterung eingetreten sein. Er leidet unter starker Athemnoth.

Zu Ehren des Untergangs der Burenrepubliken soll nach der „Rhein-Westl. Zeit.“ das deutsche Botschafterpalais in London am 2. Juni „reich illuminiert“ gewesen sein. Offiziös wird diese Nachricht in der „Nord. Allg. Zeit.“ als eine böswillige Erfindung bezeichnet. Das deutsche Botschafterpalais war nicht illuminiert.

Württemberg und Sachsengebiets.

Mittwoch, den 11. Juni.
Zugang ist fernzuhalten von Maurern, Zimmenern und Bauarbeitern nach Hamburg, Kiel, Neumünster und Dömitz, von Maurern nach Neustadt i. H., Preest, Röbel, Malchow, von Steinsehern, Hammern, Steinmühlen und Granitschleifern nach Kiel, Schneidern nach Flensburg.

Wer wird der „kommende Mann“ in Lübeck? Diese Frage taucht zur Zeit in den Köpfen jedes echten bürgerlichen Mannes unserer Vaterstadt auf. Wer wird der großen Ehre theilhaftig werden, bei der nächsten Reichstagswahl als Durchfallskandidat zu fungieren? Man mutmaßt allerlei, ohne jedoch dem großen Ziele, einen von allen bürgerlichen Parteien acceptirten Missionsch-Kandidaten aufzutreiben, etwas näher zu kommen. Die in Aussicht genommenen Personen haben, da ihnen die Trauben zu hoch hängen, dankbar verzichtet und diejenigen, welche selbst vor einem Durchfall nicht zurückschrecken würden, erscheinen den einzelnen Parteiführern nicht befähigt genug. Da ist guter Rath thener. In einem solchen Augenblick ist es doppelt unangenehm, wenn hier und dort einmal in der Presse zum Handeln aufgefordert wird. So wird den Herren auch ein von einem „Nationalliberalen“ verfasstes Eingeschaut, welches im „G. A.“ abgelagert worden ist, recht schwer im Magen liegen. Dasselbe hat folgenden Wortlaut:

„Lübecker Reichstagsswahl.“ Fakt liberal hat man sich bereits mit den kommenden Reichstagswahlen beschäftigt, man hat Kandidaten aufgestellt und mit der Agitation begonnen. Nur hier in Lübeck scheint man wieder sehr viel Zeit zu haben. Freilich, die Freisinnigen haben sich vor einiger Zeit mit der unglaublichen Idee der Kandidatur des Prinzen Heinrich beschäftigt und die National-Sozialen, von denen vor einigen Wochen durch die Presse ging, daß sie eine gemeinsame bürgerliche Kandidatur erwarteten, haben, wenn sie nach dem letzten Vergnügungsbericht hieran auch noch wie vor festhalten, doch bereits einen eigenen Kandidaten. Das ist aber auch alles, was bisher auf Seiten der bürgerlichen Parteien geschieht. Der Versuch, eine gemeinsame Kandidatur zu bringen, scheitert von keiner Seite gemacht zu sein. Und doch weiß jeder Einsichtige, daß auf eine siegreiche Verbündung der Sozialdemokratie nur dann zu rechnen ist, wenn die bürgerlichen Parteien sich auf einen Kandidaten einigen, und wenn die Agitation

rechtzeitig beginnt. Die Sozialdemokraten haben sich letzten Sonnabend in einer Versammlung bereits sehr lebhaft mit der kommenden Wahl beschäftigt. Wir sollten in dieser Beziehung von ihnen lernen. Die Kandidatenfrage wird nicht leicht zu lösen sein, es können unter Umständen langwierige Verhandlungen nötig sein, bis eine Einigung erzielt wird. Da mit Ende dieses Sommers die Agitation unabdingbar eingesetzt muss, ist es höchste Zeit, mit den Verhandlungen zu beginnen.“

So eine am tiefsten Grunde schwimmende nationalistische Fischseele hat gar keine Ahnung davon, wie den Herrn in den oberen Regionen beim Lesen dieser Zeilen zu Muthe ist. Sie wollen ja so gerne, wenn sie nur könnten, hier aber liegt der Haie begraben. Da wir die Seelenschmerzen jener Herren nachführen können, wollen wir einen Vorschlag machen, den sie nach reiflicher Erwägung wohl auch annehmen werden. Um einen geeigneten Kandidaten zu bekommen, erlässt ein schleunigst zu bildendes Komitee in sämtlichen größeren bürgerlichen Zeitungen Deutschlands eine Annonce folgenden Inhalts: „Für die kommende Reichstagswahl wird in Lübeck eine geeignete Kraft als Durchfallskandidat gesucht. Dieselbe muß kastrieren sein und außerdem die Interessen jeder bürgerlichen Partei vertreten. Hauptbedingung ist, daß Bewerber Morgens, Mittags und Abends je einen Sozialdemokraten mit Haut und Haaren verzeiht. Für ärztliche Hilfe sowohl bei etwaigen Verdauungsstörungen als auch beim Durchfall wird gesorgt. Honorar nach Übereinkunft. Bevorzugt werden Minister oder hohe Militärpersonen mit adeligem Namen, welche den Laufpass erhalten haben. Angebote unter „Wetterfahne“ an das Amtsblatt der freien und Hansestadt Lübeck.“ — Wir zweifeln nicht, daß sich unter solchen Bedingungen schon eine geeignete Persönlichkeit finden wird. Hoffentlich befolgt man unseren Rat und erlässt eine diesbezügliche Annonce, damit die Kandidatenfrage recht bald gelöst wird.

Aus Dänemark ausgewiesen wurde eine sechsköpfige deutsche Familie, nachdem der Mann wegen Betruges eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr in Dänemark erlitten hatte. Gestern Morgen traf die Familie mit dem Postdampfer hier ein und wurde von der Polizei in Empfang genommen. Von hier aus brachte man die Familie nach Magdeburg, von wo aus der Weitertransport nach Magdeburg, der Heimatstadt der Leute, erfolgt.

Von einem Radfahrer überfahren wurde gestern Abend kurz vor 7½ Uhr in der unteren Hügstraße die neunjährige Tochter des Gastwirths L. Klein. Das Mädchen wurde von erschrocken Eltern bewußtlos in die Wohnung getragen. Ein sofort herbeigerushener Arzt konnte zum Glück außer einigen Quetschungen u. c. keine weiteren Verletzungen feststellen. Hoffentlich hat das Kind keine inneren Verletzungen davongetragen. Der Thäter ist ein Postbeamter, der in rasendem Galopp die Hügstraße hinunterfuhr und sich, selbst als das Mädchen wie loslos auf der Straße lag, schleunigst aus dem Staube machte. Hoffentlich wird es gelingen, den gefühllosen Menschen ausfindig zu machen, damit er einmal über die ganz selbstverständlichen Pflichten eines Menschen belehrt werden kann.

Den Offenbarungseid leisteten im Monat Mai 3 Personen.

Vom Hafen. In der vergangenen Woche gelangten auf dem Seeweg 41 Dampfer und 27 Segler und auf dem Kanalweg 26 Fahrzeuge nach hier. Von den Seeschiffen hatten 32 ganz oder teilweise Holz geladen. Am lebendem Schlachtwich wurden auf dem Seeweg 143 Rinder, 2 Kälber und 23 Schafe eingeführt; hieron entfallen auf Schleswig-Holstein 24 Rinder und 2 Kälber.

Die Wasserwärmung der Badeanstalt des Krähenreiches betrug Dienstag 17 Grad Celsius.

Schöffengericht. Mit großem Raffinement ging der jugendliche Schlägergasse K. zu Warte, der Ende Mai wegen Bettelns vor dem Schöffengericht stand. Er erklärte dort, daß er am 1. Juni eine Stellung bei einem Schlägermeister in Niendorf erhalten habe. Mit Rückicht hierauf erhielt er nur 5 Tage Haft. Kaum hatte er dem Marktgefängnis den Rücken gekehrt, da legte er sich ans Stehen. Er schlich sich eines Morgens in das Haus des Herrn H. in der Wallstraße ein und eignete sich dort neben Domowla-Woos und ein Schuhmarktfück an. Dann entstieg er. Ein Angestellter des Herrn H. hatte ihn jedoch bemerkte und nahm ihn sofort die Verfolgung auf. In der Fischstraße gelang es, des Flüchtlings habhaft zu werden. Am Dienstag hieß es sich nun wegen dieses Geistesrechts zu verantworten. Hier versuchte er abermals Wärtern von dem auf ihn wartenden Schlägermeister an den Mann zu bringen. Der Siebe Mühl war jedoch vergebens. Er erhielt vielmehr eine Gefängnisstrafe von 4 Wochen. — Ein lustiges Quartier hatte sich der Arbeiter G. ausge sucht, der sich mit seinem kapitalen Affen eines Tages auf einer Bank in den Wällen vor dem Bahnhof niedergelassen hatte und hier dem Braungott huldigte. Ein Schuhmann wollte den Affen und seinen Herrn vor Eßfütterung schützen und nahm beide, wie leider schon so oft, unter seine lächelnde Fritte. Jetzt muß der Mann, der weinen Trunkenheit vor den Särgen des Gerichts stand, seinen treuen Gefährten auf 3 Wochen, die er in Haft verbringen soll, verlassen. — Schlimme Folgen eines Raubes. Der bisher unbestrafte Schmied K. stahlte eines Abends einigen Mädchen in der Clemenswalle einen Besuch ab. Hier aber beherzigte er das alte Wort: „Tritt den Damen zart entgegen“, nicht, sondern wurde schließlich mit Glanz an die Lust gesetzt. Da er sich das nicht gefallen lassen wollte, schimpfte er dort herum, bis ihm schließlich eine Schutzmauer der Clemenswalle verwehrte. Nunmehr schlug er dem Beamten vor die Brust und leistete bei seiner Verhaftung energischen Widerstand. Seine verschiedenen Versuchen, sich loszumachen, waren endlich von Erfolg gekrönt; er entfloß. Die Freiheit war jedoch nur von kurzer Dauer, denn er wurde von zwei Schlägern und einem Straßenreiniger ergreift und zur Wache gebracht. Hierbei hat er nun die Schläger und die Straßenreiniger durch die Lenkerung kommt, ihr, die Straßenreiniger mit dem blauen Besenstiel! befeidigt und außerdem den Straßenreiniger mit der Hand ins Gesicht und auf den Rücken geschlagen haben. Der Angeklagte will an dem Abend sinuos betrunken gewesen sein und nichts mehr wissen. Das Urteil lautete wegen des Widerstandes auf 14 Tage Gefängnis und wegen der würtzlichen und hässlichen Bekleidungen auf zusammen 50 Mark Geldstrafe.

Theaternotiz. „Der Kellermeyer“ das nachgelassene Werk von Karl Zeller, dem Komponisten des „Obersteiger“ und „Bogelhändler“, das mehr einen komischen Operncharakter, im Sylle Vorhang etwa, trägt, fand in Nürnberg am Sommertheater unter der Leitung von Direktor Franz Gottsche enthusiastische Aufnahme. Die Operette ist bereits für Lübeck angekauft worden.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachgebiets. Der beim Bau des Trockenbaus der kaiserlichen Werft in Kiel beschäftigten Zimmerern wurde von ihren Arbeitgebern, der Firma Holzmann u. Co., die Mithilfe, daß sie fortan nur 55 Pf. anstatt wie bisher 60 Pf. Stundenlohn haben sollten. Die 30 bisher dort

noch beschäftigten Zimmerer legten darauf sämtlich die Arbeit nieder.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Rosenthaler Hütte bei Plachow starb eine Arbeiterfrau so unglücklich von einem mit Moos beladenen Wagen, daß sie das Rückgrat brach. Nach einigen Stunden verstarb sie. — Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich dagegen in der Pötschen Mühle. Die Frau des Besitzers nahm ihre beiden kleinen Mädchen mit in die Mühle und diese bewohnten den darin befindlichen Fahrstuhl, stürzten aber aus der Höhe von einigen Metern aus demselben und verlegten sich sehr schwer. Der behandelnde Arzt hofft, die Kinder am Leben zu erhalten. — Kürzlich kam in Blieskastel bei Doberan ein Feuer zum Ausbruch. Bei den Aufräumungsarbeiten fand man nun die völlig verkohlte Leiche eines Kühsüttlers. Derselbe war wegen eines Streites mit dem Meier entlassen worden und mit dem verdienten Lohn nach Rostock gegangen. Man nimmt nun an, daß er, nachdem er seine Haarschaft ausgebracht, heimlich nach Blieskastel zurückgekehrt ist und aus Rache das Feuer angezündet hat. Dabei hat er nun entweder den Tod gesucht oder ihn gefunden, indem er von den Flammen ergriffen wurde. — Wegen Bekleidung des Wahlvorstandes bei der Reichstagssitzung im Kreise Hadersleben wurde am Montag in Flensburg Käthner Tepeln zu 10 Tagen Gefängnis und wegen Verübung groben Unfugs eine Geldstrafe von 50 Mark, der vierte Angeklagte Kaufhändler Sutthier wurde freigesprochen. — Das Schwurgericht zu Flensburg verurteilte gestern den Sekretär des vorigen Seesamtes, Beug, wegen schwerer Urkundensfälschung in Verbindung mit Unterschlagung unter Billigung mübernder Umstände zu 4 Jahren Gefängnis. Der Angeklagte hatte in den letzten drei Jahren in 212 Fällen auf Grund gefälschter Liquidationen für angeblich bei den Seeamtverhandlungen erwachsende Auslagen im Ganzen 12 794 Mk. erschwinden und den Fiskus um diese Summe geschädigt. — Die in Altona wohnende 23jährige Emma Sandberg wollte sich am Sonntag von ihrem Bräutigam verabschieden, der mit dem Dampfer "Wilhelm Dönherr" eine Reise nach Russland machen will. Als die junge Dame vom Bord ging, that sie einen Fehltritt, fielte in die Elbe und ertrank vor den Augen ihres vor Entsezen fast gelähmten Bräutigams. In fünf Wochen, nach der Rückkehr derselben von Russland, sollte die Hochzeit gefeiert werden.

Kiel. Eine für die Zeitungs-Berichterstattung höchst wichtige Entscheidung wurde gestern von der Kieler Strafkammer getroffen. Angeklagt war Genosse Alex Lüttgens, der beschuldigt wurde, in der Nummer vom 20. März d. J. der "Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" einen Bericht über eine gegen den Arbeiter Broß gerichtete Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung veröffentlicht zu haben, obgleich während der Dauer der Verhandlung die Offenheit ausgeschlossen war. Der Angeklagte sieht unmöglich zu, während der Verhandlung im Gerichtssaal anwesend gewesen

zu sein. Er bestreitet jedoch, daß die Offenheit wegen Gefährdung staatlicher Interessen ausgeschlossen gewesen sei, sondern es sei nur wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung erfolgt. (Diese Angabe wurde allgemein bestätigt.) Da er auch alle etwa anstößigen Stellen aus dem betreffenden Bericht fortgelassen, läge seiner Ansicht nach eine Strafbarkeit nicht vor. Staatsanwalt Neils beantragte hierauf jedoch Freisprechung, da anzunehmen sei, daß der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt habe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Schirren, meinte jedoch, daß es mit der Freisprechung allein nicht gethan wäre. Es müßte im Prinzip festgelegt werden, daß nur dann ein Bericht über eine Gerichtsverhandlung verboten sei, wenn der Ausschluß wegen Gefährdung staatlicher Interessen erfolge. Die Verbindung der staatlichen Interessen mit der öffentlichen Ordnung, wie es in der Anklage geschehen, sei unschärfhaft. Neben Verhandlungen, die Gefahr für die öffentliche Ordnung sowie der Sittlichkeit mit sich brächten, dürfen, allerdings unter Fortlassung der anstößigen Stellen, Berichte wohl veröffentlicht werden. Da also die Anklage gänzlich unbegründet sei, zugleich aber wichtige juristische Fragen in Betracht kämen, beantragt er außer der Freisprechung auch die Zurückstättung der baaren Auslagen, sowie der Kosten für die Vertheidigung durch die Staatskasse. Das Gericht erkannte nach kurzer Beratung auf kosteloße Freisprechung aus den von der Vertheidigung angeführten Gründen. Der Antrag, die Kosten für die Vertheidigung u. s. w. ebenfalls der Staatskasse zur Last zu legen, wurde abgewiesen, da dem Angeklagten von vornherein bekannt sei, daß er freigesprochen werden müsse.

Gützkow. Das Schwurgericht verurteilte gestern die Witwe Helm aus Stehna wegen Meineids zu 3 Jahren Buchhaus und 5 Jahren Ehrverlust unter Absprachung der Fähigkeit, jemals als Zeugin eifrig vernommen zu werden.

Letzte Nachrichten.

Trier. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich beim Aufsetzen von Blaspatronen in der hiesigen Kaserne. Durch Explosions von Pulver, welches auf noch nicht aufgesetzte Waffe in Brand geriet, wurden ein Sergeant und vier Mann am Kopf und Händen teilweise sehr stark verbrannt.

Thorn. Auf dem Artillerie-Schießplatz ereignete sich schon wieder ein schwerer Unglücksfall. Fünf junge Leute, Eigentümer- und Besitzerhöhe aus Demmin, Kreis Nowowolok, sagten einen verschleppten Zündkerzen. Als sie sich an demselben zu zünden machten, explodirte er. Von den heransteckenden Stücken wurde einer der Leute sofort getötet und durchdringlich in Stücke gerissen, einer schwer und zwei leicht verletzt.

Uruo. Eine faulisch munizipante wurde von der hiesigen Polizei ermittelt und verhaftet.

Kassel. Weil er ihm den Eintritt zu einer Festlichkeit des Vereins verweigte, raste ein Agent aus Kassel den Vorständen des Geangoreins zu Hermannshütten.

Köln. Am morgen ein Eisenbahnunglück. Den Montag Nachmittag 1 Uhr von hier abgefahrene Zug der Köln-Bonner Kreisbahn entgleiste unmittelbar vor Station Walberg. Die Lokomotive sowie ein Packwagen wälzten sich seitwärts bis Gleises ins Feld, wo die Lokomotive umkippte. Das Fahrpersonal konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Ein Handelsmann, der auf dem Hinterperron des Waggons stand, wurde herausgeschleudert und schwer verletzt. Mehrere Personen wurden leicht verletzt.

Aachen. Ballon-Explosion. Ein hier Sonntag unter Leitung der Fischerei-Wache Polizei aufgestiegener Luftballon verunglückte beim Landen und blieb auf dem Dach eines Hauses hängen. Als ein in der Nähe befindender Mann seine Tabakpfeife auszündete, flog das dem Ballon entzündende Gas Feuer und brachte auch den Ballon zum Brennen. Dies stieg brennend wieder in die Luft und explodierte. Mit Polizei hatte sich im letzten Augenblick gerettet. Dagegen hatten viele Zuschauer Brandwunden im Gesicht und an den Händen erlitten.

Budapest. Wollenbruch. Die Ortschaft Nagy Szabolcs wurde durch einen Wollenbruch vollständig überflutet. Die Theiß ist aus den Ufern getreten und hat große Strecken mit Getreidefelder verwüstet. Auch die bosnische Stadt Brozor wurde durch einen Wollenbruch überflutet. In den Straßen wurden große Bewässerungen angerichtet und eine Menge Brüden weggetragen. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Toulon. Ein militärische Unglücksfälle. Ein zu der Fischereibefestigung der französischen Marine gehörenden Ballon, dessen Bewegungen zwei Torpedoboote folgten, und in dem sich der Marinemechaniker Baudin befand, unternahm Montag früh einen freien Aufstieg, er führte ins Meer, Leutnant Baudin ertrank. Die Leiche wurde bereits gefunden. Im Laufe einer Geschäftsbuchung bei Kap Bür, in der Nähe von Toulon, wurde die Kulisse eines Geschäfts leicht nach hinten gestoßen; ein Kanone wurde getötet, acht verwundet.

London. Ein schreckliche Brandkatastrophen. In einem Hause in der Queen Victoria Street zu London brach am Montag Feuer aus; eine Menge Kinder und ein Mann sprangen, um sich zu retten, 60 Fuß tief in ein für sie aufgehobenes Sprungtuch, wobei drei Mädchen den Tod fanden und der Mann so schwer verletzt wurde, daß an seinem Astomogramm zweifel wird; fünf Mädchen wurden leicht verletzt in ein Krankenhaus gebracht, während mehrere andere an Ort und Stelle verbrannten wurden. Insgesamt sind acht Mädchen und ein Knabe bei dem Brande umgekommen. — Fast gleichzeitig wurde "Oates Hotel" in Chicago von einem furchtbaren Brandunglück heimgesucht. 9 Männer und eine Frau wurden dabei getötet, 30 Personen schwer verletzt. Die Mehrzahl der Patienten befand sich wegen Drunkheit in Behandlung. Als das Feuer ausbrach, war eine Menge von Delirium-frenken an die Betten festgeschalt.

Berros. Dampferunglück. Der Küstentelegraph meldet die Versenkung eines englischen Dampfers, an dessen Bord eine Kesseldampfung stattgefunden hat, wobei einige Menschen getötet und verwundet wurden. Ein deutscher Dampfer lieferte den Schiffbrüchigen Hilfe; die Name des Dampfers ist noch unbekannt.

Algier. Während der Schießübungen einer der Stadt beherbenden Batterie fiel ein Granatsplitter auf die Terrasse eines am Meer gelegenen Restaurants. Unter den Gästen entstand eine Panik. Drei Personen wurden verletzt.

Freundliches Logis zu vermieten.

Dornbuschstrasse 33.

Ein möbliertes Zimmer

sofort zu vermieten. Näheres
Rosenstraße 5, part.

Sofort o. j. 1. Juli eine Wohnung

zu vermieten, Miete 110 Mk.
Moislinger Allee 148.

Durch Zufall eine kleine Wohnung, 2 Zimmer
und Zubehör zu vermieten

Bülowstraße 5, I.

Zum 1. Juli eine kleine Wohnung

zu vermieten. Schubertstraße 12

zu vermieten zum 1. Juli eine kleine
Wohnung nebst Stell. Margarethenstraße 13.

Ein fast neues Fahrend

wenig gebraucht, zu verkaufen

Ritterstraße 11, Burgdorf.

3000 Mark

zweites Geld genügt

Zugabe zu 1. Mark

Die Rechte u. Pflichten

des Mieters.

20. Ausgabe. Preis 20 Pf.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Sind Sie schon bei dem

kleinen Törber

gewesen?

Wieso? Nau?

Geopolit billiger Blaufärb von

Manufaktur- und Weisswaren,

Herrenwäsche, Kravatten,

Unterzeuge, Strümpfe, Schürzen

Arbeits-Garderoben,

Hüte und Mützen, Handschuhe,

Herren- u. Damen-Schirme

in größter Auswahl.

Da gehen wir alle hin!

Törber

33 Holstenstraße 33.

ganz unten.

Sehr niedriger Subskriptor für den gesamten Zeitraum der Zeitung mit dem Titel "Geopolit und Politische Geschichte" sowie der mit J. St. geschriebenen Artikel und Notizen: "Geopolit und Politische Geschichte", sowie die mit J. St. geschriebenen Artikel und Notizen: "Geopolit und Politische Geschichte".

Der niedrigste Subskriptor für die Zeitung mit dem Titel "Geopolit und Politische Geschichte", sowie der mit J. St. geschriebenen Artikel und Notizen: "Geopolit und Politische Geschichte".

Der niedrigste Subskriptor für die Zeitung mit dem Titel "Geopolit und Politische Geschichte", sowie der mit J. St. geschriebenen Artikel und Notizen: "Geopolit und Politische Geschichte".

Der niedrigste Subskriptor für die Zeitung mit dem Titel "Geopolit und Politische Geschichte", sowie der mit J. St. geschriebenen Artikel und Notizen: "Geopolit und Politische Geschichte".

Ciner verehrlichen Rundschau die ergebene Mittheilung, daß ich das Geschäft meines verstorbenen Mannes, des Schlachtermeisters **Wilhelm Schmidt**, Mengstraße 2, z. St. Johannisstraße 1 (Haus Commerzbank), unter Leitung des langjährigen Geschäftsführers Herrn **Emil Aland** in unveränderter Weise fortfasse.

Marie Schmidt,
geb. Drews.

Lübeck, im Juni 1902.

Eggelgrube 53 **H. Mohr** Schwöbkenquerstr. 1

— Möbel-Ausstattungs-Geschäft —

empfiehlt ihm

großes Lager in Mobilien, einfach und elegant.

Erkennbare Auswahl. — Dauerhafte Arbeit. — Billige Preise.

Verkauf auf Barzahlung und auf Theilzahlung.

Ein wachsamer Hund zu verkaufen.

Zu erfragen Engelsgrube 61/2.

Möbelkäufern

empfiehlt ich mein großes Lager dauerhaft gearbeiteter

Möbel jeder Art.

Folckers Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25.

Achtung!

Sanitätsverband

der freien Helferkassen Lübeck.

Ausserordentliche

General-Versammlung

am Freitag den 13. Juni

Abends 8½ Uhr

Im Vereinshauss, Johannissstr. 50/52

Tags zuvor ab 10 Uhr

Innen Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand.

N.B. Zu dieser Versammlung sind die Helfer vorstende hierdurch mit eingeladen.

Pfeiffer & Diller's
Kaffee-Essenz (Originalmarke)

empfiehlt Carl Schmachtel, Adlerstraße.
B. Niebuhr, Schützenstraße 32.

empfiehlt ihm

großes Lager in Mobilien, einfach und elegant.

Erkennbare Auswahl. — Dauerhafte Arbeit. — Billige Preise.

Verkauf auf Barzahlung und auf Theilzahlung.

Empfiehlt ihm

großes Lager in Mobilien, einfach und elegant.

Erkennbare Auswahl. — Dauerhafte Arbeit. — Billige Preise.

Verkauf auf Barzahlung und auf Theilzahlung.

Empfiehlt ihm

großes Lager in Mobilien, einfach und elegant.

Empfiehlt ihm

großes Lager in Mobilien, einfach und elegant.

Empfiehlt ihm

großes Lager in Mobilien, einfach und elegant.

Empfiehlt ihm

großes Lager in Mobilien, einfach und elegant.

Empfiehlt ihm

großes Lager in Mobilien, einfach und elegant.

Empfiehlt ihm

großes Lager in Mobilien, einfach und elegant.

Empfiehlt ihm

großes Lager in Mobilien, einfach und elegant.

Empfiehlt ihm

großes Lager in Mobilien, einfach und elegant.

Empfiehlt ihm

großes Lager in Mobilien, einfach und elegant.

Empfiehlt ihm

großes Lager in Mobilien, einfach und elegant.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 134.

Donnerstag, den 12. Juni 1902.

9. Jahrgang.

Soziales und Parteileben.

Der Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter hielt am 9. und 10. Mai zu Bremen seine sechste ordentliche Delegiertenversammlung ab. Der „Wertruf“ berichtet jetzt darüber: Es fanden vier vorberathende Sitzungen und zum Schluss die öffentliche und Hauptdelegiertenversammlung statt. U. A. fanden Berathungen über die Petition des Verbandes, Pensionsverhältnisse und Gründung einer Buschus-Pensionsklasse statt. Auch soll eine weitere Ausgestaltung des Verbandes erwogen werden, insbesondere hinsichtlich besserer Krankenfürsorge, Arbeitslosenversicherung, Darlehenvermittlung, Wohnungsfürsorge, Baugenossenschaften, Waareneinkaufsgenossenschaften, Brandversicherung, Bildungsverein u. A. m. Dem Eisenbahminister von Thießen ist seitens des Centralvorstandes u. A. ein Gesuch um Gewährung freier Hin- und Rückfahrt nach Bremen für die Teilnehmer an der Delegiertenversammlung des Verbandes unterbreitet worden. Wir wir erfähren, ist dieser Wunsch, ebenso wie die Petition abschlägig beschieden worden.

Das Dresdener Volkshaus, das mit einem Aufwande von rund einer halben Million von den Gewerkschafts- und Parteigenossen ins Leben gerufen wurde am Sonnabend mit einer kleinen Feierlichkeit eingeweiht. Genosse Sindermann hielt die Festrede. Alle Räume waren überfüllt. Das Etablissement, das früher unter dem Namen „Zum Schwan“ existierte, eignet sich für die Zwecke des Volkshauses ausgezeichnet. Es ist ca. 10 Minuten vom Postplatz entfernt, ganz in der Nähe des Wettiner Bahnhofs gelegen mit ausgezeichneter Straßenbahnverbindung nach allen Theilen der Stadt. Es besteht aus zwei Grundstücken an der Kitzberg- und der Moritzstraße. In dem dazwischenliegenden Hof befindet sich der Saal. Das Volkshaus wird von einem von den Gewerkschafts- und Parteigenossen gewählten Komitee verwaltet. Eine offene Handelsgesellschaft Friedrich u. Co., Inhaber die Genossen Sindermann, Friedrich und Hoffmann, firmiert.

Der Freisinn als Schürer des Nürnberger Parteizwists. Wie jüngst von uns berichtet wurde, hat der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg, Ge- nosse Rudolph, den Redakteur des freisinnigen „Fränkischen Kuriers“ wegen verleiderischer Beleidigung verklagt, weil das Blatt in einer angeblich aus „sozialdemokratischen Kreisen“ stammenden Zuschrift durchbliken ließ, daß auch Rudolph zu denen gehöre, die in den Nürnberger Parteizwistigkeiten Artikel für den „Kurier“ geschrieben haben. In dieser Sache wurde am Sonnabend vor dem Sühneamt verhandelt. Hier wurde der freisinnige Redakteur, Max Beyer, sehr kleinlaut und erklärte sich zur Abgabe folgender Erklärung bereit: „Wie bekannt, hat Herr Redakteur Rudolph, der erste Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg-Ultendorf, sich durch einen Artikel beleidigt gefühlt, welcher in Nummer 261 des „Fränkischen Kurier“ als Zuschrift aus sozialdemokratischen Kreisen erschienen war. Er hatte darin den Vorwurf gefunden, daß er der Verfasser von sozialdemokratischen Einwendungen an den „Fränkischen Kurier“ gewesen sei. Wir erklären hiermit, daß wir nicht den geringsten Anlaß haben zu der Annahme, daß Herr Rudolph der Verfasser derartiger Einwendungen gewesen sei und daß es uns auch ferngelegen hat, eine derartige Behauptung aufzustellen. Wir bedauern, wenn durch die Fassung des Artikels der Anschein hervorgerufen worden ist, daß wir eine derartige Behauptung hätten aufstellen wollen. Wir werden dafür Sorge tragen, daß vorstehende Erklärung in folgenden Blättern erscheint, welche sich auch mit dem ersten Artikel beschäftigt haben: „Frankfurter Zeitung“, „Fränkischer Kurier“, „Fränkische Morgenzeitung“ - Nürnberg, „Nordbayrische Zeitung“ - Nürnberg, „Nürnberger Volkszeitung“, „Nürnberger Anzeiger“, „Stadtzeitung“ - Nürnberg, „Freisinnige Zeitung“ - Berlin, „Münchener Neueste Nachrichten“,

Sonderbare Schwärmer.

Roman von Max Kreuzer.

10. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Sams Gesicht zeigte plötzlich eine Miene, als müßte er sich den Bauch vor Lachen halten, durfte aber dabei keinen Ton von sich geben.

Dann gurgelte er hervor:

„O, Massa, Massa — hihii — junger Mensch soll Freund sein von Herrn von Holloff — das macht alten Sam zum Todtschlach, hihii.“

Und nun erzählte er in seinem gebrochenen Deutsch, daß Holloff einen Abschreiber von Manuskripten gesucht hätte, daß Reinhard Ritter gestern die Wahl gefallen sei und er von heute ab täglich ein paar Stunden damit beauftragt werden sollte.

Herr Holzig machte jetzt ein Gesicht, als hätte er sofort die Nachricht bekommen, daß das baufällige Haus draußen in der Vorstadt bereits vor der Kontraktunterzeichnung eingestürzt sei. Dann spiegelte sich die ganze moralische Entrüstung eines hintergangenen Mannes auf seinem Gesicht wieder.

„Dieser Spitzbube“, — knachte er hervor — „dieser Spitzbube — also ein purer Schreiber, nicht mehr und nicht weniger. Ein Abschreiber, ein Kopist, ein Hungerleider — etwas muß ich jetzt durch Zufall erfahren! Daher also keine Verlegenheit. Hören Sie, Herr Sam, dieser Mann, von ihm übrigens erfahren habe, daß er ein ganz talentvoller Mensch sein soll, hat sich in meine höchst achtbare Familie geschlichen. Verstehen Sie auch, Herr Sam: in die Fa-

ße sieben Häuser, nebenbei gesagt — er hat es verstanden, mein Herz meiner ältesten Tochter Clara zu umgarne, und bis dato die Annahme, mein Schwiegersohn werden wollen. Dachte immer noch, was wunder mit ihm los

„Augsburger Abendzeitung“, „Bayerischer Kurier“ - München.
— Man muß nun abwarten, ob das freisinnige Blatt die empfangene Lehre beherzigen und die bisher von ihm getätigten Verdächtigungen der an der Spitze unserer Bewegung in Nürnberg stehenden Genossen einstellen wird.

Ein interessanter Unfallsicherungsprozeß. Am 1. Mai vorigen Jahres wurde der Bierbrauer K. in dem Keller der Rheinischen Brauerei in Mainz von seinem Kollegen in ruchloser Weise ermordet. Die Witwe des Ermordeten, die 5 kleine Kinder besitzt, kam auf Grund des Unfallschadens auf Hinterbliebenenrente ein, die Brauerei-Berufsgenossenschaft lehnte jedoch den Anspruch ab, weil der Tod des K. nicht durch einen Betriebsunfall eingetreten, sondern infolge einer Schlägerei, die aus persönlichen Gründen entstanden, stattgefunden. Die Witwe legte Berufung ein und machte geltend, daß der Tod in ursächlichem Zusammenhang mit dem Betriebe stande. Nach dem Sachverständigen Gutachten in den Schwurgerichtsverhandlungen habe der Mörder an Wuhansfällen gelitten, dabei habe er etwas zerschlagen oder zerstören müssen. Der Ermordete habe vor dem Vorfall mit dem Albert Leinert Zwistigkeiten gehabt, er sei in dem Momente der That in einem abgelegenen Keller allein beschäftigt gewesen und hier von dem Wuhanten plötzlich überfallen worden. An jedem anderen Orte hätte sich K. dem Tode entziehen können. Das Schiedsgericht bezahlte den ursächlichen Zusammenhang sowohl zeitlich als örtlich, K. sei während der Arbeitszeit getötet worden infolge des an der Betriebsart liegenden abgelegenen Kellers, welcher Umstand den Mord begünstigt habe. Der Ermordete habe vorher sogar darauf gedrungen, daß er von der fraglichen Arbeit abgelöst werde. Außerdem sei keine Schlägerei vorausgegangen, sondern es habe ein plötzlicher Überfall stattgefunden. Die Witwe und deren Kinder seien von der Berufsgenossenschaft zu entschädigen. Vorläufig wurden der Klägerin 30 Mk. zugestellt.

Kunst und Klassenkampf. Die Aussperrung sämtlicher Arbeiter in der holländischen Fabrikstadt Enschede, veranlaßt vom dortigen Unternehmerverband, um die streikenden Weber der Firma Van Heek zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, verursacht in ganz Holland riesiges Aufsehen. Solch brutale Handlungsweise von Unternehmern war man bisher in diesem Lande nicht gewohnt, und das Freiheitsgefühl des niederländischen Bürgers scheint sich doch etwas verletzt zu fühlen. Einige Genossen aus Künstlerkreisen haben deshalb an die freiheitsliebenden Künstler einen Aufruf gerichtet, etwas für die Ausgesperrten zu thun. Der Aufruf hatte auch Erfolg. Aus Malerkreisen z. B. wurden Kunstprodukte gesandt von Joseph Israels, gegenwärtig der größte Maler Hollands, Willem Morris, Theresia Schwarze, Jan Both, Toorop, Haverman und anderen ersten Sternen am holländischen Kunsthimmel. In Konzerten für die Ausgesperrten traten auf: Königin, Frau Voordewier-Rodingius und andere. Bis jetzt wurden 130 000 Gulden für die Ausgesperrten gesammelt.

Ein privates Strafgesetzbuch. Unser Breslauer Parteiblatt veröffentlichte dieser Tage eine Arbeitsordnung und eine Strafordinanz, welche die Brauerei Befießt, um ihre Angestellten vor Kurzem aufs neue erlassen hat. Sie hat folgenden Wortlaut:
§ 1. Den Maordungen des vom Brauemeister oder dessen Stellvertreter ernannten Stubenmeisters ist zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und guter Sitte unbedingt Folge zu leisten und werden Bußwidersetzungen mit 30 Pf. bestraft.
§ 2. Wer in einem Schlafzimmer raucht, ist oder Bier trinkt, zahlt eine Strafe von 10 Pf.
§ 3. Wer im Bett liegend raucht, zahlt eine Strafe von 30 Pf.
§ 4. Wer sich mit den Stiefeln oder schmutzigen Kleidern in ein Bett legt, zahlt eine Strafe von 30 Pf.
§ 5. Wer nach Benützung eines Waschbeckens das unreine Wasser nicht ablaufen läßt, zahlt eine Strafe von 20 Pf.

ist — Schriftsteller, Literat, das hört sich im ersten Augenblick groß an, der Mensch versteht auch was, er ist nicht dummkopf — und jetzt leidiger purer Abschreiber; wenn man das erfährt, diese Blamage für meine Tochter! Na, die zu Hause werden sich freuen, wenn ich ihnen das erzähle — so was ist mir noch nicht vorgekommen. Der Mensch will berühmt werden, so ein Hungerleider bildet sich ein, meine Tochter zur Frau zu bekommen. Ja, sehen Sie, bester Herr Sam, da ist der Herr Dr. Feigenkohl von der „Stadtpost“ — verkehrt auch in meinem Hause, Sie müssen wissen, Herr Sam, in meinem Hause verkehren noble Leute, ausgenommen diesen Ritter — nun, den werde ich bald an die Lust setzen. Ja, der Herr Feigenkohl, lieber Herr Sam, das ist doch eine respektable Persönlichkeit, hat eine Stimme in der Presse — einer unserer größten Theaterkritiker, bekommt zweitausend Thaler jährlich, hat, unter uns gesagt, lieber Herr Sam, auch ein Auge auf Clara geworfen — so ein Schwiegersohn wäre nicht übel, so ein Mann kann was machen: Da gibt's hin und wieder Ausstellungen, wo man erwähnt sein will, hin und wieder eine kleine Notiz in der Zeitung; er hat — nur zu Ihnen gesagt, Herr Sam — das schon öfter für mich gehabt; so ein Redakteur von der „Stadtpost“ kann Alles. Aber dieser Ritter, ja ein purer Literat, der soll mich noch kennen lernen, Herr Sam!“

In diesem Redeflus ging es noch ein paar Minuten weiter, und der glattrasierte Kopfermeister und Siebenhäuscher besiegte ganz, daß er alles zu einem Schwarzzen sagte, der durch keine Worte irgendwelches Verständnis oder irgendwelche Teilnahme für seine Erklärungen verspürte, sondern im Beserlichen den Eindruck machte, als hätte er bei dieser Redeligkeit dieselbe Empfindung, wie sie die Stuh vor dem neuen Thor haben soll.

Herr Emil Holzig fürchte alsbald den Korridor entlang einer Glassäule zu, die nach den Büros des Herrn Ahlfeld führt, dabei mit dem plötzlich aufgetauchten Geschäftsmann begegnet, ob es nicht möglich sei, ehe er vor den ansteigend aus einem Lagerbüro.

S. 6. Wer sich im Schlafzimmer wäscht, zahlt eine Strafe von 20 Pf.

S. 7. Wer die Wasserkanne zum warmen Wasser nach ihrer Benutzung nicht wieder an ihren Platz bringt, zahlt eine Strafe von 10 Pf.

S. 8. Wer nach Benutzung einer Badewanne dieselbe nicht sofort reinigt, zahlt eine Strafe von 50 Pf.

S. 9. Wer im Schlafzimmer Pantoffeln, Schuhe, Stiefel oder Kleidungsstücke herumstehen oder liegen läßt, zahlt eine Strafe von 10 Pf.

S. 10. Wer ein Zimmer, den Korridor oder die Treppe verunreinigt, zahlt eine Strafe von 10 Pf.

S. 11. Wer nach einem maligen Weden nicht aufsteht, zahlt eine Strafe von 10 Pf.

S. 12. Wer etwas unter den Tisch wirft, ohne es sogleich wieder aufzunehmen, zahlt eine Strafe von 10 Pf.

S. 13. Wer Schwester, Kartoffelschalen auf dem Tische liegen läßt, zahlt eine Strafe von 20 Pf.

S. 14. Wer in einem Schlaf- oder Kleiderschrank oder in seinem Koffer in den Schlüssel stecken läßt, zahlt eine Strafe von 10 Pf.

S. 15. Wer sich im Schlaf- oder Esszimmer laut und unausstindig beträgt, zahlt eine Strafe von 30 Pf.

S. 16. Wer an die Tasel geschriebene Namen fortwährend in ein Strafbuch notiert, bevor dieselben im Strafbuch notiert sind, zahlt eine Strafe von 50 Pf.

S. 17. Wer einen andern falsch benannt oder einen Namen zu Unrecht an die Tasel schreibt, zahlt eine Strafe von 30 Pf.

S. 18. Zur Führung der Tasche wird auf Vorschlag der Brauergesellschaft vom Braumeister ein Kassenführer ernannt, dererbiß hat die an die Tasel geschriebene Namen jeden Abend in ein Strafbuch einzutragen und die Strafzettel einzukassieren. Er erhält für die Dauer seiner Kassenschaffung einen Vorschlagszettel von 3 Mark pro Monat. Die eingehenden Strafzettel hat der Kassenführer alle Wochen an die Unterstützungsstelle abzuführen.

Abgesehen davon, daß sich Arbeiter derartige Strafen leider auch heute noch gefallen lassen, entbehrt dieser sonderbare Preissturz nicht des Humors.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. In der Grafschaft Somerset in England blieb nach einem heftigen Blitzeinschlag der Boden mit einer ganz dünnen Kruste von Schwefel bedeckt, was offenbar mit den vulkanischen Ausbrüchen in Westindien in Zusammenhang steht. — Cornwall wurde am Donnerstag von einem halben Minute dauernden Erdbeben heimgesucht, das die Bevölkerung in große Aufregung versetzte, da die Erschütterung so stark war, daß Kommoden umstürzten und Bilder von den Wänden fielen. — Eine Besteigung des Vulkan Soufrière hat nach einer Auseinandersetzung aus St. Vincent eine Gesellschaft amerikanischer Forscher unternommen. Zuerst wurde das Becken des jetzt verschwundenen Soges untersucht, wo man ein 2000 Fuß tiefes Loch fand. Es hat sich ein neuer Krater gebildet, welcher Dampf aussendet.

Polizeithaten in Ostelbien. Die Metallarbeiter in Danzig wollten am 1. Juni ein Bergmessen abhalten. Der Vorstand der Zahlstelle meldete es bei der Polizei an und erhielt vom Polizeipräsidenten einen Bescheid, der an sich schon geeignet war, das Bergmessen unmöglich zu machen. Frauen sollten nämlich nicht daran teilnehmen dürfen, weil der Metallarbeiterverband ein politischer Verein sei. Unter solchen Umständen verzichteten sie darauf. Schon am 31. Mai erschien trotzdem die Polizei in einer Stärke von 20 Mann vor dem Lokal und patrouillierte die Straßen auf und ab. Am 1. Juni, dem „Festtag“, erschienen 15 Vertreter der Hermannsdorf, auch wurde in einer nebenan gelegenen Weinkeipe eine fliegende Polizeiwache eingerichtet mit ehlicher Belebung. Abends, gegen 6 Uhr, als das Parteilokal mäßig mit Gästen beiderlei Geschlechts besetzt war, erschien ein Polizeikommissar und erklärte der Wirthin, daß er mit sich im Laden Frauen müsse, daß das Lokal verlassen werden.

Reinhard Ritter stand indessen Holloff gegenüber. Unter den Unzähligkeiten, die sich zur Übernahme der Beschäftigung eines Kopisten bei Holloff gemeldet hatten, hatte dieser Reinhard Ritter von vornherein am meisten zugesagt. Er wollte in einem Kopisten nicht nur eine lebende Mädeln sehen, sondern er wollte in ihm zu gleicher Zeit einen Menschen haben, der geistig befähigt sei, und auf den er sich unter allen Umständen verlassen könne. Deshalb hatte er sämtliche Briefe, deren Schreiber sich „glücklich schägen würden“, die Stelle zu bekommen, diesen Satz hatte Reinhard einzuschalten vergessen, außer Ritter, selber durchgelesen, um aus dem Inhalt jedes einzelnen auf den Charakter seines Verfassers zu schließen. Da waren Kaufleute, ehemalige und noch aktive Beamte, Lehrer, Kopisten von Beruf, selbst einige Damen hatten sich gemeldet — im bunten Durcheinander, und jeder war bestissen gewesen, seine Fähigkeiten so detailliert wie nur irgend möglich zu schildern. Holloff schwankte stark in seiner Wahl, als er den letzten Brief zur Hand nahm; der selbe enthielt nur folgende Worte: „Sehr geehrter Herr! Das Leben ist bis jetzt so grausam gewesen, daß selbst die letzte Aussicht endlich nach monatelangem angestrengtem, aber zwecklosem Bemühen irgend eine bestimmte Anstellung zu erlangen, die mich der Sorge um tägliche Brod enthebt und mir gestattet, in freien Stunden der Schriftsteller zu obzulegen, nicht mehr im Stande ist, meinen Lippen eine einzige Bitte zu entringen. Sollten Sie dennoch auf mich reagieren, so bitte ich Ihre Antwort zu richten an Reinhard Ritter, Bahnhofstraße Nr. ... drei Treppe.“ Dem Briefe lag ein paar Tage später Holloff bei, anheimend aus einem Lagerbüro. Holloff las die äußerst

Trotzdem die Frau ihn darauf aufmerksam machte, daß das Vergnügen nicht stattfände, beharrte der Mann des Gesetzes auf seinem sonderbaren Verlangen und ließ endlich das Portal schließen. Sämtliche Anwesenden mußten sich entfernen, sogar der Birth nebst seiner Frau, trotz energischen Protestes. Polizeibeamte stellten sich in die Haustür und ließen nur Hausbewohner durch. Nach der Räumung ersuchte ein Genosse, der im Hause wohnt, einen anderen Genossen, der zu ihm in seine Privatwohnung zu kommen. Der letztere wurde von den Beamten zurückgewiesen, und als er energisch freien Eintritt forderte, verhaftet und in die Arrestzelle gesperrt. Erst nach zwei Stunden wurde er wieder freigelassen und mußte die ekelregende Entdeckung machen, daß er Wanzen und Läuse auf seinen Kleidern habe, die er nur aus der Hölle mitgebracht haben konnte! — In Osieblen scheinen die staatsbürgerschen Rechte zeitweise nach dem Belieben der Polizei für organisierte Arbeiter aufgehoben zu sein. Und da wundert man sich, wenn auch dort in den Domänen der Junker die Sozialdemokratie immer mehr Anhänger findet. Die Polizei züchtet sie ja förmlich.

Die vergessenen Nieten. Eine überaus komische Szene ereignete jüngst unter den Besuchern einer Berliner Vergnügungs-Wirtschaft große Heiterkeit. Ein Kunst- und Handelsgärtner hatte eine Blumenverloshungshalle errichtet. Gegen 7 Uhr bemerkten die Besucher des sonst sehr trüger und behaglichen Mannes an diesem eine nervöse Aufregung. Er durchlief die Gänge des Gartens und musterte sehr eingehend die Tische. Zum Erstaunen der Beobachter sahen diese jetzt, daß in dem weiten Raum auf fast allen Tischen eine reiche Blumenflora prangte und wahrhaft herrliche Fuchsien und Hortensien allenthalben vor den glücklichen Gewinnern umherstanden. Als er jetzt eine dicke Dame mit einem prächtigen Rosentopf, der sonst wohl nur als Schaustück der Blumenhalle diente, hochroten Angesichts mit dem Ruf: „Gott, was habe ich heute von Glück!“ an sich vorbeizog, sah, schien ein elektrischer Schlag ihn zu durchzittern. Er fuhr mit beiden Händen in die Taschen und holte entsetzt ein ziemlich umfangreiches Päckchen daraus hervor. Darauf machte er einen mächtigen Satz und rannte vorstreichs seiner ihm erwarteten Ehehölste zu. Sein Angstraus: „Herr Gott, Mutter, mach die Bude zu, ich habe ja vergessen, die Nieten in die Truhe zu legen!“ dürfte bald zu einem geflügelten Wort werden.

Zu den Sachen seines Vaters. Eine ergötzliche Szene hat sich laut „Mainzer Tageblatt“ letzthin an einem Amtsgericht Hessens abgespielt. In der Prozeßangelegenheit eines Händlers war dessen Sohn zur Vernehmung geladen worden. Als aber der 14 Jahre alte Junge erschien, brachte eine unbändige Heiterkeit los, und selbst der Richter hatte große Mühe, ernst zu bleiben. Der Junge sah aber auch zu komisch aus. Sein schwächliches Körperchen verschwand fast unter einem großen, weiten Gehrock, der bis auf die mit riesigen Stiefeln bekleideten Füße herabfiel. Zu den gleichen Dimensionen waren die Hosen, der Kragen und der unpraktische Hut gehalten. Außerdem trug der sonderbare Junge einen Wardsrock in der Hand. Um die entrüstete Frage des Vorsitzenden, wie er sich unterscheiden könnte, in einem solchen Aufzuge vor Gericht zu erscheinen, meinte der arme Junge schwärmen, das könnte doch in der Ladung vorgeholt werden. Allgemeines Erstaunen. Der kleine aber rißte den langen Ärmel zurück und suchte eine Weile eifrig in den Taschen herum, bis er endlich tiefsaufzähmend die Ladung zum Vorsitzenden brachte und mit triumphierender Miene auf die Worte zeigte, die ihm befohlen: „In Sachen Ihres Vaters.“

Tollwut-Statistik. Nach einer im Kultusministerium angekündigten Zusammenstellung wurden in Preußen 1091-02 (bis jetzt) 187 Bissverletzungen von Menschen durch tollwutverdächtige Thiere gemeldet (in den beiden vorangegangenen Jahren gelaufenen 233 bzw. 303 Fälle zur Anzeige). Die meisten berichtigten Bedeckungen kamen in Oppenheim vor; dort waren es 60, in Schlesien 55. Von den 187 Verletzten unterzogen sich 146 der Schimpfung nach Posten; sie blieben jährlings gesund, während von den 41 nicht geprüften Personen eine an Tollwut geprägt ist.

Der „Dienst“ auf dem Herzen. Seine Tage, so schreibt das „Lucerner Tageblatt“, erhält ein Hotelier von

seiner gefieberten Schrift, die folgendermaßen lautete: „Den 15. August. Nachts 12^½ Uhr. Seit drei Monaten habe ich Manuskript auf Manuskript in die Welt gesandt, ohne bis jetzt von irgend einem Redakteur eine Antwort erhalten zu haben, trotzdem ich meine toxische Lage schuldete. Gestern Abend endlich bekam ich vom jungen „Familienblatt“ die Nachricht, daß eine meiner kleinen Erzählungen accepted sei. Das war wieder ein Lichthörnchen, der mich etwas aufheiterte, und mich mit neuem Mut an meines großen Roman: „Der Kreis“ arbeiten ließ. Heute Vormittag ging ich nach der Redaktion des „Familienblatt“ — drinnen im Geheimraum versteckt. Unterwegs batte ich Lustlosigkeit, und als ich bei dem plattischen Wohlhabens des berühmten Schriftstellers E. vorüber kam, batte ich an Klara und an die Möglichkeit, durch meine „Kreis“ ihr ganz viel dureinzupacken, so ein glänzendes Heim bauen zu können. Wie thuer befreust dieser E. seine Klara bezahlt, und wie schwach war sein letzter in der „Stadtpost“, für den er 10 000 Mark bekommen haben soll. Aber das Epigramm hat Recht:

Nicht Du erk was, so mach' in Dein' Der Welt ein E' bis für ein U, Sie läßt ja den Dir Brüll zu.

Sonner aus Kreis kommt an den Kreis, daß wenig Geduldige Verlust oder Herz ganz haben, der wahren Seele eines literarischen Produktes zu würdigen, und zu dieser wenigen gehört Doctor Freigraf von der „Stadtpost“ nicht, der mir verhältniß mit irgendeinem Redakteur ein Manuskript zurückspülte. Dabei hatte er es garantiert gelassen, dass ich hätte die ersten Seiten der Blätter an einer Seite zusammen geflickt und sie befinden sich noch in demselben Zustande. Über ist es eine gewisse Reihe von Tagen, weil er ebenfalls bei mir war und ringt und sich am Klars Saal betrachtet? Nun, mein „Kreis“ soll mich rächen.

In der Schreibmaschine pocht mir das Herz, und ich

Ragaz ein kleines Paket, in welchem 2 silberne Dessertmesserchen verpackt waren. Ein Bettel war beigegeben, auf dem Folgendes stand:

Geehrter Herr!

Vor circa 20 Jahren hatten wir Schülerinnen einen Ausflug nach Ragaz und lebten bei Ihnen ein. Bettelkasse hatte ich den ungünstlichen Gedanken, mir diese zwei niedlichen Messerchen anzueignen und mit heim zu nehmen. Die unehrliche Handlung hat mich aber stets beunruhigt. Ich möchte den dunklen Fleck von meinem Herzen entfernen und schicke Ihnen die Messerchen wieder zurück mit der Bitte, mir doch zu verzeihen. Ich hoffe, daß Sie als edler Mann mir diese Bitte gewähren, und nehme im Stillen an, daß die Sache damit abgeschlossen sei.

Mit Achtung

Eine Ihnen unbekannte Frau.

Im Nonnenkloster. In der russischen Gouvernementsstadt Orel wurde eine Nonne des orthodoxen Frauenklosters unter dem Verdacht angehalten, etwas gestohlen zu haben. Der Polizeimeister ließ sie durch die Gattin eines der Polizeibeamten durchsuchen. Die Frau, welche die Durchsuchung vornahm, war ganz starr vor Schrecken, als sie in der Nonne einen — Mann erkannte. Die polizeiliche Erhebung ergab, daß die Nonne ein gewisser Iwan Alexandrowitsch Drift aus Tula ist. Die „Nonne“ befand sich bereits drei Jahre in dem Orelser Frauenkloster. — Das wird ein schwerer Abschied auf allen Seiten des Hauses gewesen sein!

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Administration, Berlin W., Lützowstraße 85 a) haben soeben das Judentum ihres VIII. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt desselben heben wir hervor:

Edouard Anseele: Der Kampf um das allgemeine Stimmberecht in Belgien. — **Edouard Bernstein:** Der Kampf in Belgien und der politische Massenstreik. — **Hjalmar Branting:** Die Generalsstreikprobe in Schweden. — **Wolfgang Heine:** Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie. — **Oda Olberg:** Eine Theorie der sozialen Umwälzungen. — **Dr. Hugo Lindemann (C. Hugo):** Unsere Forderungen an die Kommunen. — **Dr. Leo Winter:** Die Sprachenfrage in Böhmen. — **Franz Simle:** Die Arbeitslosenunterstützung in den deutschen Gewerkschaften. — **Henriette Fürth:** Die soziale Lage der Borsighimer Bajonettsarbeiter. — **Kundsgau:** Der Preis des Festes beträgt 50 Pf. pro Quadrat 1,50 M.

Ergebnisse der 11. Februar-Volkszählung

vom 1. bis 7. Juni 1902.

Geburten.

a) Mütter. Namen und Zeit des Vaters.

26. Mai. Bote Gustav Peter Friedrich Höller 27. Straßenbahn-Wagenführer William Theodor Martin Dietmann. 28. Bierfahrer Johann Jacobim Carl Schaper. Elektrotechniker August Delmann. 29. Schmied Ernst Anton Somann. Kaufmann Fritz Peter Christian Joachim Kroha. 30. Stellmachermeister Carl Binder. 31. Arbeiter Heinrich Friedrich Steckel. Gärtner Gottlieb Heinrich Detken. 1. Juri Schneider Hans Christian Hugo Goldschmid Ludwig Maria Kolbe. Kaufermeister Johann Joachim Heinrich Kahler. Arbeiter August Hinrich. 2. Fahrermann Johann Jakob Heinrich Röting. 3. Töpfer Robert Friedrich Karl Giech. 5. Arbeiter Heinrich Martin Heitmann. Arbeiter Hermann Richard Gies. Kutscher Karl Ludwig Ulrich Kraatz. 8. Arbeiter Johann Joachim Caspar Müller.

b) Väter. Namen und Zeit des Vaters.

25. Mai. Arbeiter Johannes Heinrich Stormer. 26. Schneider Paul Hermann Friedrich Wilhelm Manzel. 27. Bierschaffner Johann Heinrich Wilhelm Holst. Schneider Adolph Hugo Fischer. Bierbrauer Eduard Böttendorf. 28. Töpfer Adolf Friedrich Wilhelm Heinrich Hofmann. 29. Schmied Paul Wels. 29. Klempner Fritz Joseph Heinrich Treton. Fahrer Paul Heinrich Herbert. 30. Stellmacher Wilhelm Heinrich Friedrich Detken. Arbeiter Johann Heinrich Peter Bräuer. Küchenpächter Johannes Friedrich Carl Steckel. 31. Arbeiter Johannes Heinrich Biben (Börner) Töpfer Eduard Carl Christian Schön. Bote Gustav Ludwig Auguste Friederich Auguste Sophie Goldschmidt. Polizei-Soldat Peter Georg Lippert. Aufseher am Bett- und Kochhaus Adolf Christian Friedrich Wilhelm

Barmester. 1. Jani. Privatler Richard Schröder. Steinbrüder Johann Heinrich Friedrich Federn. Schlosser Friedrich Wilhelm Franz Böller. Krämer Wilhelm Carl Heinrich Kipp. 2. Arbeiter August Friedrich Robert Reher. Arbeiter Hermann Gustav Melow. Briefträger Joachim Heinrich Friedrich Vollert. Geplüsterer Franz Ernst Wiese. Arbeiter Michael Martin Sternberg. 3. Arbeiter Heinrich Johann Nagorst. Ingenieur William Van Holzboer. Kontorist Ernst Edward Olaf Ventien. Lagerarbeiter Heinrich Gustav Theodor Nüss. 5. Böttcher August Heinrich Platz. Arbeiter Johann Heinrich Wilhelm Meger.

Sterbefälle.

31. Mai. Wilhelm Heinrich Ernst Christian Dietgen, 9 M. (aus Schuberg i. M.) Ein todgeb. Knabe, B.: Arbeiter Johannes Heinrich Biban (Börner). Johanna Sophie Friederika geb. Radde, Witwe des Kuhhirten Hans Heinrich Ludwig Junge, 92 J. 1. Jani. Arbeitermann Heinrich Wilhelm Dietrich, 68 J. Schlafermeister Wilhelm Lorenz Friedrich Schmidt, 52 J. Ein Knabe, 8 Stunden, B.: Arbeiter Heinrich Friedrich Steenbach. Werner Siegmund Karl Dörr, 9 M. Hermann Müns, 12 J. Franz August Theodor Freitag, 1 J. Magdalena Christina Dorothea geb. Evers, verh. Anthony, Witwe des Privatmannes Hans Heinrich Schmidt, 61 J. Otto Heinrich Friedrich Rätz, 8 W. 2. Hermann Martin Heinrich Carl Schildt, 5 M. Clemperer Franz Groß, 60 J. Arbeiter Johann Peter Beck, 64 J. Anna Maria Laura geb. Behrs, Witwe des Kaufmannes Hans Joachim Damm, 72 J. Augusta Magdalena geb. Krahod (Kunz) Ehefrau des Ober-Telegraphen-Arbeiters a. D. Andreas Frieder. Joachim Brandau, 68 J. Dorothea geb. Ahrens, Ehefrau des Arbeiters Bernhard Johnson, 41 J. 3. Otto Heinrich Langfeldt, 11 J. Architekt Carl Christopher Diedrich Burmeister, 74 J. August Christi. Wilhelm Vogelsang, 20 J. August Johannes Friedrich Stahl, 1 J. 6 M. 4. Helene Maria Paulina geb. Höls, Ehefrau des Günters Carl Johann Christian Lund, 20 J. Arbeiter Johann August Voitsche, 41 J. 5. Weitler Paul Heinrich Friedrich Grabow, 1 J. Brauer Albert Karl Friedrich Prich, 49 J. Mariechen Auguste Johanna Meyer, 2 J. 7 M. Max Ernst Iwan Alenus Schlichting, 7 M. Wilhelm Hermann Ludwig Sad, 1 J.

Ungeordnete Aufzettel.

2. Juni. Maler Max Johann Christoph Garber und Catharina Elisabeth Magdalene Schön. 3. Arbeiter Paul Friedrich Heinrich Carl Wilhelm und Caroline Emilie Dorothea Petersen. 4. Verleghändler Christian Hans Friedrich Borkmann und Emma Catharina Friederike Wehde zu Lübeck. Arbeiter Heinz Heinrich Carl Gatz und Auguste Margaretha Blett zu Bielefeld. Leutnant a. D. Heinrich Friedrich Siefert. 5. Arbeiter Heinrich Friedrich Borkmann und Henriette genannt Louise Grabow zu Gredenmühlen. 6. Eisenbahnmechaniker Heinrich Friedrich Benthien und Therese Marie Krumbiegel. Handlungsgeschäftsführer Otto Ludwig Carl Böker zu Bergedorf und Auguste Maria Elisabeth Freytag. Maler Johann Peter Heinrich Döös und Anna Charlotte Magdalena Höls. Fabrikarbeiter Jakob Waas und Anna Louise Auguste Ida Heinze, beide zu Halle a. d. S. Kurfürst Paul Heinrich und Bertha Joachim, beide zu Königswinter i. R. 7. Töpfer Heinrich Christian Franz Christian Hermann Alwardt und Anna Amalie Agnes Elise Maria Hand. Metzger Johannes Heinrich Friedrich Peter und Auguste Charlotte Caroline Bahnen reot. Böhr. Töpfer Heinrich Michael Wilhelm Hans und Dorothea Johanna Wilhelmine Friederike Sophie Maria Henriette Caroline Sternberg.

Geschlechter.

3. Juni. Friseur Heinrich Wilhelm Möller und Meta Sophie Auguste Obensburg. Buchhalter Karl Hugo Heinrichs und die geschiedene Ludowika Margaretha Thero Dohrmann geb. Boußen. 5. Arbeiter Wilhelm Heinrich Albert Wack und Anna Katharina Swenndatter. 6. Arbeiter Heinrich Hermann Friedrich Düllkopf und Minna Bertha Doris Käsch. Landmann Johannes Anton August Döhr und Meta Luise Caroline Schulz. 7. Fuhrmann Johann Augustus Hoffmann zu Röben und Emma Maria Dorothea Lanzau. Maler Johann Friedrich Carl Haack und Henriette Johanna Wilhelmmina Elizabeth Koch. Arbeiter Joachim Christian Bleher und Martha Elisabeth Sophie Vollmöhl. Arbeiter Johannes Heinrich August Friedrichs und Witwe Maria Elisabeth Johanna Böck geb. Haase. Töpfer Georg Goldschmidt zu Hamburg und Emma Maria Beaten. Arbeiter Adolf Franz Wilhelm Wessel und Emma Sophie Christine Wessel. Zimmermann Otto Henrich Lambert Johannes Hering und Anna Christine Dorothea Bottsede.

summte ich ein Lied vor mich hin, und eine Illusion begann wieder der andern zu folgen. Es ist recht — dachte ich — Allen zum Trotz wirst du hungrig und darben, nur um deinen „Kreis“ vollenden zu können. Man muß Philosoph sein, das ist das einzige Wahre; — Friedrich Miller hat Recht.“ — Den 16. August. Abends 10 Uhr. Es gibt doch noch gute Menschen in der Welt. Das habe ich heute erfahren. Ich konnte es nicht übers Herz bringen, der Frau Müller noch einmal mit der Bitte entgegenzutreten, sich aufs Neue einige Zeit mit meiner Schulz zu gedulden, trotzdem ich genau weiß, daß sie selber eher darben würde, ehe sie mich mahnt. So machte ich mich denn Vormittags wieder auf den Weg zur Redaktion der „Bezirks-Zeitung“, deren Feuilleton-Redaktion ich vor Kurzem für die Sonntagsbeilage eine Erzählung aus dem Leben der Residenz geschickt hatte. Wie gewöhnlich, trat ich auch mit löffendem Herzen zu dem Doctor von Born hinein und wie freundlich wurde ich von dem kleinen Herrn empfangen! Er sprach mit mir, trotzdem ich ihn zum ersten Male sah, wie mit einem alten Bekannten, so daß ich mich in dem kleinen Redaktionstraum ordentlich angehimmelt fühlte. Ich hatte kaum mein Anliegen betreffs des Honorars hervorgebracht, als er auch schon aus dem Zimmer verschwunden war und dann mit einer Anweisung über sechzig Mark, ausgestellt von dem Verleger der Zeitung, zurückkehrte. Ich war reicher als mein „Kreis“. Nie bin ich schneller nach Hause gekommen als heute und als ich gar einen Brief von Clara vordarf, die mich zum Nachmittag einlud, war ich der glücklichste Mensch auf Gottes Erdkugel. Wenn ich nur erst irgend einen festen Verdienst hätte! Frau Müller machte riesige Augen, als sie die Goldstücke zu sehen bekam und verzog sich soweit, für mich Chocolade zu kochen. Die arme gute Frau — wenn sie nur einen besseren Mann hätte!

(Fortsetzung folgt.)